

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Kosovo: Bundesrat macht AHV-Klau endlich ein Ende. Seite 6

Job-Angst im Cailler-Dorf Broc FR:

AUS für Schoggi- Hasen?

Die ersten Maschinen
sind schon weg. Seite 3



Mörderisches Brasilien

Die herrschenden
rechten Herren hassen
starke Frauen auf
den Tod. Seiten 8–9



ERMORDET: Marielle Franco.

Unruhiges Frankreich

Die Gewerkschaften
führen Aufstand gegen
Macron an. Seite 7

Vorbildliches Waadtland

Das Parlament macht
vorwärts mit der
Lohngleichheit. Seite 2

Neat-Bau:

Bohrte auch die Mafia?

Seite 5





workedito
Marie-Josée Kuhn

HEXENHAMMER

«Wir sind die Enkelinnen der Hexen, die ihr nicht verbrennen konntet»: Von den USA bis nach Polen ertönt inzwischen dieser feministische Kampfruf. Auch bei Tamara Funiciello ist er beliebt. Überhaupt empfiehlt sich die Juso-Chefin gerne als Hexenkinder, zuletzt nach ihrer Wahl ins Berner Kantonsparlament: «Die Hexen kommen», postete sie fröhlich. Und 499 likten diese Drohung (Stand 27. März). Dro-

Jetzt ist Marielle tot. hung? Ja, Funiciello will dem Kapitalismus und dem Patriarchat den

Garaus machen. Donald Trump nennt sie einen «rassistischen, sexistischen orangen Trottel». Und über die Juso sagt sie: «Wir sind der Dorn im Arsch der SP. Dieser Dorn darf ruhig ab und zu etwas wehtun.» Anal, fäkal, scheissegal! Mit ihrer erfrischenden Provo erntet Funiciello auch viel Hass. Hatespeech auf Facebook und anderswo. Und Drohungen. Früher, so sagt sie, hätte man sie sicher als Hexe verbrannt. Tönt ziemlich eitel, ist wohl aber nicht falsch.

STARKE FRAUEN. 400 Jahre lang brannten in Europa die Scheiterhaufen. Die Hexenverfolgung war eine Frauenverfolgung. Und der «Hexenhammer» das Handbuch der Hexenprozesse. Es erschien 1487 und predigte blutigen Frauenhass: «Klein ist die Bosheit gegen die Bosheit des Weibes.» Die Frau sei das defekte, unreine und unrein machende Wesen. Sie gehörte gefoltert, verdammt und verbrannt. Insbesondere im Visier der (kirchlichen) Inquisition standen damals Frauen, die weder Mann noch Papst gehorchten. Frauen, die ausserhalb direkter männlicher Kontrolle lebten. Starke und kämpferische Frauen. Frauen wie Marielle Franco.

ÜBERLEBEN. Vier (von geschätzten neun) Kugeln trafen die brasilianische Linkspolitikerin im Kopf. Es war ein geplanter Mord. Ein Hassmord. Marielle Franco war schwarz, schön, lesbisch, alleinerziehend, und sie hatte es geschafft: vom Armenviertel an die Uni und in die Politik. Und sie hatte nicht aufgehört, den brasilianischen Machismo anzuprangern. Sie kämpfte gegen die Polizei- und Militärgewalt in den Slums von Rio und für die Rechte der schwarzen Frauen. Kurz vor ihrem Tod sagte Marielle noch: «Eine schwarze Frau zu sein heißt, die ganze Zeit Widerstand zu üben und zu überleben.» Letzteres blieb ihr leider verwehrt. Der Hexenhammer schlägt immer noch zu. Und er traf Brasilien mitten ins Herz, wie work-Redaktorin Patricia D'Incau vor Ort erfahren hat (Seiten 8–9).

Warum ist das Waadtland frauenfreundlicher als andere Kantone?

... und zwei weitere Fragen an SP-Politikerin Carine Carvalho (35) zur Pionierrolle des Westschweizer Kantons bei der Lohngleichheit.

Lohngleichheit: Im Kanton Waadt sollen neu Lohnkontrollen und Bussen auch in Privatfirmen möglich werden.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Was der Ständerat zurückwies, hat das Kantonsparlament der Waadt jetzt gutgeheissen: Lohnkontrollen in Privatfirmen und allfällige Bussen für Lohndiskriminierung. Das fordert eine Standesinitiative, die die Lausanner Soziologin Carine Carvalho (SP) zusammen mit Léonore Porchet (Grüne) und Jean-Michel Dolivo (Ensemble à Gauche) eingereicht hat. Das Waadtländer Kantonsparlament hat sie mit 73 zu 68 Stimmen angenommen.

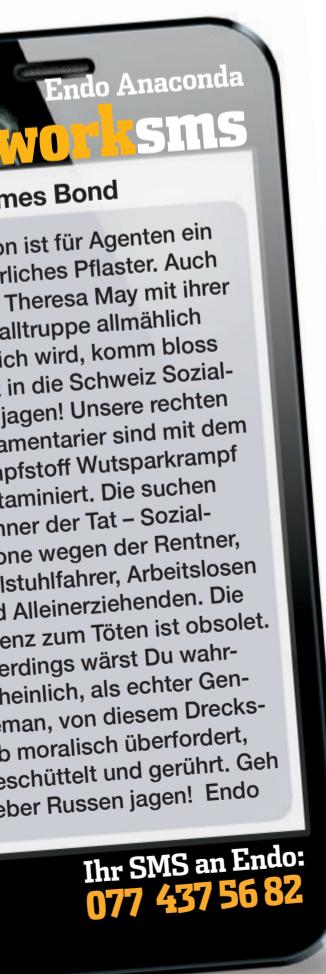
work: Der Kanton Waadt will mit der Lohngleichheit endlich Ernst machen. Ist er einfach frauenfreundlicher als alle anderen Kantone?

Carine Carvalho: Der Kanton Waadt hat bei den Frauenrechten schon immer eine Vorreiterrolle gespielt. Er war auch der erste Kanton, in dem die Frauen 1959 wählen konnten. Und im letzten Jahr hat er seinen Gleichstellungartikel angepasst. Bei öffentlichen Aufträgen ist er nun verpflichtet, Lohnkontrollen durchzuführen bei öffentlichen und privaten Unternehmen und Institutionen.

Viele Politikerinnen und Politiker, insbesondere auch der Rechten, waren also bereits für das Thema sensibilisiert. Hilfreich ist sicher auch, dass in der Waadtländer Kantonsregierung sowohl die Frauen als auch die Linken in der Mehrheit sind.

Vor vier Wochen hat der Ständerat ein ähnliches Anliegen an die betreffende Kommission zurückgewiesen...

... und uns damit massiv enttäuscht. Diese Taktik war mit einem Grund, dass wir die Standesinitiative gemacht haben. Seit 1981 ist die Lohngleichheit in



FRAUENRECHTE
KANTONAL UND DANN NATIONAL

Bei der Lohngleichheit geht der Kanton Waadt voraus. Was kantonal beginnt, könnte auch national gelingen: wie einst beim Frauenstimmrecht.

VORREITER. Im Jahr 1959 hatten die Schweizer Männer erstmals die Chance, das Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene einzuführen. Sie schickten die Vorlage aber mit fast 70 Prozent Nein-Stimmen nach. Nur Waadt, Neuenburg und Genf waren dafür. Diese drei Kantone nahmen die Sache darauf selbst an die Hand. Als erster Kanton führte die Waadt 1959 das kantonale und kommunale Frauenstimmrecht ein. Neuenburg und Genf folgten 1959 und 1960. 1966 kam Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton dazu. Erst am 7. Februar 1971 folgte der Durchbruch des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene.

der Bundesverfassung verankert – 37 Jahre warten ist genug! Im Kanton Waadt sind die Frauen in den Tieflohn-jobs mit 65 Prozent übervertreten. Der Unterschied zwischen den Einkommen von Männern und Frauen beträgt im Schnitt 12,4 Prozent, 40 Prozent der Lohnunterschiede sind nicht mit Ausbildung oder Erfahrung erkläbar. Die

«Wir waren vom Ständerat massiv enttäuscht.»

Selbstkontrollen der Firmen funktionieren nicht. Wir haben auch gesehen, dass bei Lohnklagen die ganze Last auf den Schultern der Frauen liegt: die investierte Zeit, der Stress und schliesslich auch die Kosten. Und es gab sehr wenig Prozesse: Von 2004 bis 2015 wurden schweizweit lediglich 190 Klagen von Frauen wegen

Lohngleichheit eingereicht. Eine grosse Mehrheit verlor den Prozess und viele darüber hinaus auch ihren Job.

Was muss geschehen, damit die Lohngleichheit in der ganzen Schweiz umgesetzt wird?

Das gelingt nur, wenn Bund und Kantone Firmen kontrollieren und allenfalls büßen können. Aber Kontrollen und Sanktionen sind nicht genug. Die Lohnunterschiede sind nur Ausdruck einer viel grösseren Ungleichheit: Die sogenannten weiblichen Berufe sind häufig schlecht bezahlt. Nur wenige Frauen haben Führungspositionen, sie tragen nach wie vor die Hauptlast in der Kinderbetreuung und im Haushalt, und es gibt zu wenig Krippenplätze. Nur wenn wir diese Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen, werden wir auch die Lohngleichheit überwinden.

«Weltwoche»-Mörgeli zog Bildungsinstitut Ecap durch den Dreck Teure Schlötterlig

Der abgewählte SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli musste sich beim Bildungsinstitut Ecap entschuldigen. Und noch 2600 Franken bezahlen.

Christoph Mörgeli hat einige Kernkompetenzen. Knochen abstauben gehört nicht dazu, unter anderem darum hat ihn die Uni Zürich ausgeschaut. Faktenreue gehört auch nicht dazu, wie jetzt amtlich ist. Und das kam so:

In seiner «Weltwoche»-Kolumne vom 2. Februar 2017 arbeitete sich Mörgeli einmal mehr an der ehemaligen Zürcher SP-Regierungsrätin Regina Aepli ab. Aepli ist alles, was Mörgeli nicht ist: eine Frau, links, nie abgewählt.

ABUHR. Und vor allem: Sie war Erziehungsdirektorin in jener Zeit, als die Affäre um seine unorthodoxe Arbeitsweise als Medizinhistoriker aufflog. Mörgeli witterte eine linke Verschwörung und zeigte Aepli an wegen Amtsmissbrauchs, Amtsanmassung, Prozessbetrugs und Verstosses gegen das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb.

Doch der Zürcher Kantonsrat wollte die Justiz nicht «ermächtigen»,

gegen die Erziehungsdirektorin zu ermitteln. Dagegen prozesshanselte Mörgeli bis vor Bundesgericht. Die Lausanner Richter erteilten ihm am 4. November 2015 eine Abfuhr. Da war Mörgeli schon Ex-Nationalrat. Am 18. Oktober 2015 hatte ihn das Zürcher SVP-«Volch» gnadenlos abgestraft, vom «sicherem» 2. Listen-Platz auf den 20. Platz durchgereicht.

VERSCHWÖRUNG. Nun bleibt dem Ausgeschauten vor allem die «Weltwoche». In seiner Kolumne vom 2. Februar 2017 warf Mörgeli unter dem

Titel «Aeplis krimineller Sumpf» den Bildungsinstitut Ecap und ENAIP vor, fast 7 Millionen Steuergelder «veruntreut» zu haben. Dunkle Machenschaften, roter Filz – das ganze rechte Verschwörungsszenario.

Denn so wie Aepli steht auch die Ecap für alles, wofür Mörgeli nicht steht: Das Bildungsinstitut ist interkulturell, solidarisch und gegen jegliche Ausgrenzung aufgrund von Geschlecht, Nationalität und Rasse.



Und es wehrt sich. Rechtsanwalt Marco Mona reichte am 10. Februar 2017 im Namen von Ecap Strafanzeige wegen übler Nachrede und allenfalls Verleumdung ein, Delikt-Ort: Sitz Medienunternehmen «Weltwoche». Unter der Vermittlung der Staatsanwaltschaft Zürich Limmat, die Mörgeli signalisiert hatte, dass seine Chancen bei einem Prozess schlecht stünden, einigten sich Ecap und Mörgeli am 19. Dezember 2017 auf einen Vergleich.

Mörgeli musste seine Behauptungen vollständig zurücknehmen und in der «Weltwoche» vom 18. Januar 2018 prominent eine Entschuldigung veröffentlichten. Zudem musste Mörgeli den Ecap-Anwalt bezahlen und die Verfahrenskosten übernehmen: total 2600 Franken. Letzteres dürfte ihn am wenigsten schmerzen. (cs)

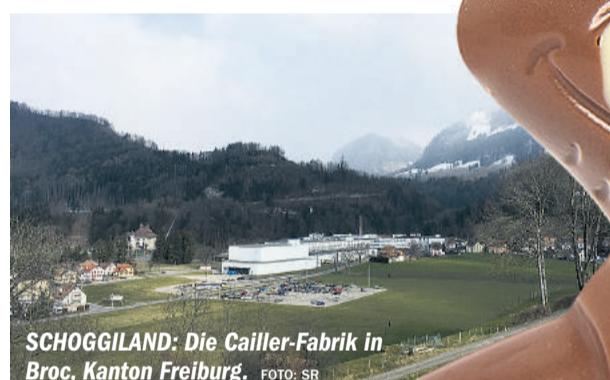
Broc FR: Job-Angst in der Schoggi-Fabrik

Hasen haben den Buezern davon

Die ersten Maschinen sind schon weg. Die Osterhasen wurden heuer gar nicht mehr dort gegossen. Bleibt im freiburgischen Cailler-Dorf Broc bald nur noch das Schoggi-Museum?

SABINE REBER

Schon auf dem Carparkplatz riecht's nach Schoggi. In Broc FR in den Geyerzer Hügeln liegt die Wiege der Schweizer Schokoladenkunst. So geht die haus-eigene Geschichtsschreibung: Vor 200 Jahren hat Pionier Cailler hier begonnen, mit frischer Milch aus der Gegend Schokolade zu produzieren. Und noch heute wirbt Cailler alias Nestlé damit, dass man mit Milch aus der Region produziere. Und mit dem hauseigenen Schoggi-Museum: Gerade schwärmt eine indi-



SCHOGGILAND: Die Cailler-Fabrik in Broc, Kanton Freiburg. FOTO: SB

sche Touristengruppe aus der Tür und leckt sich die Finger. Im Cailler-Museum darf man nach Lust und Laune Schoggi probieren. Doch jetzt hat die Geyerzer Idylle plötzlich einen Riss bekommen: Die Traditionsschokolade Rayon und der Schoggistengel Chokito sollen künftig nicht mehr in Broc hergestellt werden. Mehr noch: Die Produktionslinie für die Hohlformen der Osterhasen sei bereits im Winter demontiert worden, vermeldet die Freiburger Lokalpresse. Auf die Frage, wo denn all die Hasen hergestellt würden, reagiert die Verkäuferin im fabrikeigenen Laden trotzdem erstaunt. Sie sagt: «Hier in der Fabrik natürlich, wo denn sonst?» Ihre Kollegin präzisiert, die handgemachten Hasen des «Atelier Cailler» würden bestimmt hier in Broc hergestellt. Bei den Industriehasen könne sie das nicht garantieren.

NACH ENGLAND VERLAGERT

In Broc herrscht Verunsicherung. Die Leute in der Cailler-Fabrik fürchten um ihre Jobs. Die Nestlé-Direktion sendet ambivalente Zeichen aus. Erst im letzten Jahr hat der Konzern der Schoggi ein frisches Design verpasst. Nestlé-Pressefrau Nina Kruchten sagt dazu: «Wir haben die Marke Cailler im Jahr 2017 relauncht und damit unser Engagement für die Fabrik in Broc unterstrichen.» Und nun plötzlich wird die Produktion der Cailler-Hasen ausgelagert? Klar, dass die Mitarbeitenden beunruhigt seien, sagt Unia-Gewerkschafter Armand Jacquier. Und: «Bis jetzt ist jedoch kein Stellenabbau angekündigt worden.»

Dennoch ist die Auslagerung der Schoggihasen Dorfgespräch. In der Molkerei reden die Kundinnen über die Zukunft der Fabrik. «Alles wird doch ins Ausland verlagert, weil wir in der Schweiz zu teuer sind», sagt die eine. Im Tea-Room Hauser stellt die Serviererin ein Krüglein Geyerzer Doppelrahm zum Kaffi und meint: «Schon das Forschungszentrum haben sie nach England verlagert. Vielleicht zügeln sie auch die Schoggi dorthin.» Der junge Gast an der Theke zuckt mit den Schultern: «Wenn nicht mehr hier produziert



wird, wird unser Museum wohl so hohl wie eine Hasenform. Dann wird es in Broc auch nicht mehr so fein nach Schoggi riechen.»

HAUPTSACHE, DIE MENGE BLEIBT GLEICH

Das mit dem Forschungszentrum ist für Claude Cretton ein schwerer Dämpfer. Als Gemeinderat von Broc ist der FDP-Mann für die Finanzen und die Wirtschaft im Dorf zuständig. Noch im Februar 2010 hatte Bundesrätin Doris Leuthard das neue Schokoladen-Forschungszentrum mit grossem Tamtam eingeweiht. Jetzt, im Januar,

hat es Nestlé ohne viel Lärm nach England verlagert. Dabei seien rund 20 von 350 Arbeitsplätzen in Broc verloren gegangen, sagt Cretton. Trotzdem will er optimistisch bleiben: «Solange die Schoggi-

«Ist das Cailler-Museum bald so hohl wie eine Hasenform?»

Schoggiland Schweiz: Am liebsten grosse Ohren

In der Schweiz werden jedes Jahr schätzungsweise 16 Millionen Osterhasen produziert. Das macht durchschnittlich zwei Hasen pro Person. Allein die Migros-Produzentin Chocolat Frey stellte heuer 9 Millionen Schoggihasen her. Über das ganze Jahr gesehen, betrug der Schokoladekonsum in der Schweiz im Jahr 2017 laut Choco-suisse 10,5 Kilo pro Person, wovon 550 Gramm in Form von Osterschoggi vernascht wurden.



EIN GENUSS: 16 Millionen Hasen für die Schweiz.

ZUERST DIE OHREN. Weil seit letztem Jahr die Schokoladefabrik Pfister aus Illnau ZH nun im französischen Strassburg produziert, gibt es in der Schweiz noch 17 Schokoladefabriken. Sie beschäftigen rund 4600 Mitarbeitende. Am beliebtesten sind laut Branchenkenner die Schoggihasen mit den grössten Ohren. Eine Umfrage von Chocolat Frey ergab, dass 58 Prozent der Schleckmäuler den Schoggihasen zuerst die Ohren abissen. Rund 15 Prozent der Befragten zerschlagen zuerst den ganzen Hasen, bevor sie ihn aufessen.

masse hier mit Milch aus der Umgebung hergestellt wird, habe ich kein Problem mit einer Auslagerung des Hasengiessens.» Giessen und Verpacken sei nur ein kleiner Teil der Fertigung. Und schliesslich achte man von der Gemeinde genau darauf, dass die Produktion in Broc insgesamt nicht abnehme. Cretton: «Bis jetzt ist sie konstant geblieben.» Ein bisschen nervös seien sie auf der Gemeinde aber schon.

GEHEN SIE ZUR MIGROS?

Wohin müssen die Osterhasen von Broc? Alle rätseln, niemand weiß es. Nestlé-Pressechefin Nina Kruchten bestätigt gegenüber work lediglich, dass die Cailler-Hasen nun «auf der Basis der Cailler-Schokoladenmasse extern hergestellt

werden». Ansonsten kommentierte man keine Marktgerüchte und Handelsbeziehungen. Könnte es sein, dass die Produktion von Rayon, Chokito und das Giessen der Hasen auf verschiedene Fabriken verteilt wird, je nachdem, wer gerade Kapazitäten frei hat?

Branchenkenner halten das für wahrscheinlich. Chocosuisse-Direktor Urs Furrer meinte zu work: «Hauptsache, die Schokolade wird in der Schweiz hergestellt!» Mehr wollte er zu den Cailler-Hasen aber auch nicht sagen. Die luftige Rayon-Schoggi, die gehe sicher zur Migros-Tochter Chocolat Frey, meint ein Arbeiter auf dem Weg in den Feierabend. Aber die Hasen?

P.S. Auch in der Bäckerei Kilian riecht es heftig nach Schoggi. Aber nicht von der Nestlé-Cailler. Hier betont die charmante Verkäuferin: «Unsere Hasen, die sind hausgemacht, die giesst Chef Kilian nämlich selber! Das kann ich Ihnen garantieren, ich habe sie eigenhändig verpackt.»

Gastrobetriebe Mehr Lohn

BERN. Die Mindestlöhne im Schweizer Gastgewerbe steigen ab dem 1. April um rund 0,5 Prozent. Das Schiedsgericht hat die neuen Löhne entsprechend festgelegt: 3435 Franken für Mitarbeitende ohne Berufslehre, 4849 Franken für Mitarbeitende mit einer Berufsprüfung. Für Praktikumsstellen gilt neu ein Mindestlohn von 2190 Franken. Die Gewerkschaften Unia und Syna sowie die Hotel & Gastrounion hatten letztes Jahr zwei Prozent höhere Mindestlöhne gefordert. Die Arbeitgeberverbände Gastrouisse und Hoteleriesuisse beharrten auf einer Nullrunde. Schliesslich riefen die Gewerkschaften das zuständige Schiedsgericht an. Mauro Moretto, Gastroverantwortlicher bei der Unia: «Wir sind froh, dass nun entschieden wurde und dass die Löhne immerhin die Teuerung ausgleichen. Zugleich sind wir natürlich enttäuscht, dass es nicht mehr ist.»

Gratis Ausrüstung auch für Lernende

LUZERN. Firmen müssen ihren Mitarbeitenden die benötigten Sicherheitsschuhe, Schutzbrillen und Schutzkleider kostenlos zur Verfügung stellen. Auch den Lernenden. Offenbar ist das aber nicht allen klar, wie eine Umfrage der Suva an verschiedenen Berufsfachschulen ergab. Von 600 befragten Lehrlingen gaben etwa 100 an, dass sie in ihrem Lehrbetrieb für die Kosten der persönlichen Schutzausrüstung selber aufkommen oder zumindest den nötigen Ersatz selber berappen müs-



FOTO: PD

ten. Pius Arnold, Rechtsanwalt in der Abteilung Rechtssicherheit der Suva, hält fest: «Der Arbeitgeber hat die notwendige Ausrüstung zur Verfügung zu stellen und auch die Kosten zu tragen.» Das gelte für Stiftinnen und Stifte ebenso wie für temporär Mitarbeitende und schliesslich abnutzungsbedingten Ersatz ein.

Vögele-Sozialplan wird verhandelt

ST. GALLEN. Endlich: Vor dem eigens eingesetzten Schiedsgericht haben die Verhandlungen zum Vögele-Sozialplan begonnen. Nach dem Verkauf an die italienische Modekette OVS hat die Firma in der Zentrale in Pfäffikon SZ rund 260 Stellen abgebaut – und legte nur einen mickrigen Sozialplan vor (work berichtete). Unterstützt von der Gewerkschaft Unia, riefen Betroffene deshalb das Schiedsgericht an. Laut Anwalt Christoph Häberli kam es am ersten Termin zwar noch zu keiner Einigung. «Immerhin hat das Gericht in Aussicht gestellt, dass es einen Sozialplan erlassen wird, falls sich die Parteien nicht einigen.» OVS hatte sogar dies bekämpft.

Digitaler Wandel: Unia präsentiert Umschulungsmodell für die Industrie Die 4.0-Software fürs Gehirn

Warten, bis der Roboter alle arbeitslos macht? Nein, findet die Unia. Und legt mit der «Berufspasserelle 4.0» ein Weiterbildungskonzept für die Arbeitnehmenden vor.

RALPH HUG

Alle reden von der Digitalisierung. Studien sagen massive Jobverluste voraus. Nur das Ausmass ist umstritten. Dass sich die Arbeitsplätze auch in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) rasant verändern, ist sonnenklar. Unia-Industriechef Corrado Pardini sagt: «Wir müssen die Arbeitnehmenden in diesem Wandel unterstützen.» Es braucht nicht nur eine Agenda für die Industrie 4.0, sondern auch eine für Arbeit und Bildung 4.0. Die Digitalisierung müsste sozial umgesetzt werden. Schon seit längerem denkt man in der Unia-Zentrale darüber nach, wie das gesche-

hen könnte. Pünktlich zum Start der Verhandlungen über den neuen MEM-Gesamtarbeitsvertrag liegt nun das Konzept Berufspasserelle 4.0 vor.

AM SCHLUSS WINKT FACHDIPLOM

Der Plan ist, dass Sozialpartner und Staat einen neuen Träger für Umschulungen und Weiterbildung auf die Beine stellen. Dieser soll berufsbegleitende Kurse und Module anbieten. Sie sollen dazu befähigen, den digitalen Wandel in der Industrie zu bewältigen.

Manuel Wyss hat am Konzept mitgearbeitet und führt die GAV-Verhandlungen. Er sagt: «Der Besuch der Passerelle 4.0 ist ein Teilzeitstudium.» Das heißt, es wird einiges abverlangt. Der Umgang mit digitalen Technologien steht ebenso im Zentrum wie zum Beispiel Sprachkompetenz. Nach dem Studium legt man eine Prüfung ab und erhält am Schluss ein Berufs-Fachdiplom, analog einem Fachhochschulzeugnis.

workfrage: Digitalisierung: Braucht es bezahlte Umschulungen?

Schreiben oder mailen
Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an:
work, Frage Postfach 272 3000 Bern 15 redaktion@workzeitung.ch

AUCH ARBEITGEBER DISKUTIEREN

Und wer zahlt das? Im Modell der Unia ist eine paritätische Finanzierung durch einen Fonds der Sozialpartner vorgesehen. Ob der bestehende Fonds dafür ausreicht, ist jedoch fraglich. Eine Mitfinanzierung durch den Staat ist nötig. Die Arbeitslosenversicherung kennt solche Hilfen für den Arbeitsmarkt. «Die Details sind noch zu diskutieren», sagt Wyss. Wichtig sei, dass die finanzielle Belastung der Teilnehmenden massvoll bleibe: «Sonst ist eine solche Weiterbil-

«Die Passerelle 4.0 ist ein Teilzeitstudium.»

MANUEL WYSS, UNIA

BEREIT FÜR DIE ZUKUNFT: Das Ausbildungsprogramm der Unia möchte Arbeitnehmende auf die digitale Berufswelt vorbereiten. FOTO: FOTOLIA

dung nicht attraktiv.» Das Unia-Modell fordert zudem einen Kündigungsschutz während der Ausbildung sowie eine zwölfmonatige Anschlusslösung, entweder im bisherigen oder im neuen Betrieb. Das alles soll im neuen GAV verankert werden.

Auch die Arbeitgeber haben ein 4.0-Umschulungsmodell ausgearbeitet. Dem Industrieverband Swissmem ist klar, dass in der digitalen Revolution kein Weg an Weiterbildung für die Berufsleute vorbeiführt. Nur auf Junge zu hoffen, die schon im Kinderzimmer am Laptop spielten, nützt wenig. An der ersten GAV-Verhandlungsrunde war die Umschulung von Erwachsenen bereits ein Thema. Weit auseinander liegen die Parteien in ihren Vorstellungen nicht. Es herrscht Optimismus. Unia-Industriechef Pardini sagt: «Ich glaube, das Ding kommt zum Fliegen.»

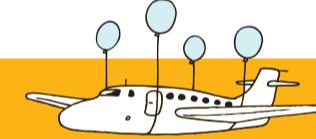


UMWÄLZUNGEN IN DER INDUSTRIE

WARUM 4.0?

«Industrie 4.0» heisst so, weil bisher vier Revolutionen die Entwicklung der Industrie prägten. Zuerst kamen am Anfang des 19. Jahrhunderts Webstuhl und Dampfmaschine (1.0). Dann stiegen nebst Textil, Eisen und Stahl auch die Chemie- und Elektroindustrie sowie die Fliessbandarbeit zu führenden Faktoren auf (2.0). In den 1970er Jahren wurden erste Computer eingesetzt, die Automatisierung nahm Fahrt auf und veränderte die Fabrikproduktion (3.0). Jetzt im 21. Jahrhundert ist 4.0 dran: Das Internet vernetzt Mensch, Maschine und Produkt in Echtzeit, die digitale Revolution rollt an.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektroflieger: Droht eine neue biblische Heuschreckenplage?

In Deutschland hat Staatsministerin Dorothee Bär ein Faible für fliegende Autos. In Zermatt haben zwei Männer einen elektrisch angetriebenen Kunstflieger gebaut. Und in Neuseeland gibt es bereits den Senkrechtstarter Cora.

Fliegen hat den Menschen schon immer fasziniert. Ikarus aus der griechischen Sage lässt ebenso grüssen wie all die nackten, pausbäckigen Barockengel an Bayerns Kirchendecken.

Franz-Josef Strauss war von 1961 bis 1988 der grosse Vorsitzende der deutschen CSU. Diese verstand es unter ihm perfekt, zwei Dinge zu verbinden: Tradition und Fortschritt. Das tut die CSU heute noch: da geht es einerseits um Lederhose und Dirndl, andererseits um Laptops und Elektroflieger. Lederhosen und Dirndl für das Oktoberfest und der Laptop samt Elektroflieger fürs hippe Image.

BÄR MACHT'S WIE STRAUSS. Denn Deutschland will in Sachen Digitalisierung aufholen. Neu ist dafür Dorothee Bär von der CSU zuständig. Die Medien machen sich lustig über die neue Staatsministerin mit ihrem Faible für fliegende Autos. Niemand mag so recht glauben, dass sich da in wenigen Jahren etwas bewegen wird.

Und dies, obwohl weltweit Start-ups und auch grosse Flugzeugbauer wie Airbus genau daran arbeiten. Und sie haben alle das gleiche Ziel: Die

Flieger der Zukunft sind leise, weil sie elektrisch angetrieben werden. Sie können senkrecht starten und landen. Auch auf den Dächern von Hochhäusern. Und sie werden schon bald fremdgesteuert durch den recht grossen Luftraum sirren.

ZERMATT-MAILAND. Thomas Pfammatter ist Pilot bei der Air Zermatt. Der ETH-Ingenieur Dominique Steffen ein begnadeter Kunstflieger. Zusammen haben sie einen elektrisch angetriebenen Kunstflieger in die Luft gebracht.

Jetzt wollen sie einen Schritt weitergehen. Und einen Flieger auf den Markt bringen, der für den Flug von Zermatt nach Malpensa (Mailand) nur eine halbe Stunde braucht.

Noch befindet sich dieses Projekt im Planungsstadium. Doch in Neuseeland hat Larry Page mit seiner Unternehmung bereits den Senkrechtstarter Cora in die Luft gebracht.

Alle diese real existierenden oder erst geplanten zweisitzigen Elektroflieger haben vergleichbare technische Daten:

- Sie fliegen mit Tempo 120 bis 300 schnell durch die Lüfte.
- Ihre Reichweiten liegen zwischen



WALLISER VISIONEN: Die Leute hinter dem Visper Unternehmen «Dufour Aerospace» haben schon einen E-Kunstflieger zu Fliegen gebracht. Jetzt arbeiten die Walliser an einem E-Flieger. Ihre Vision: fünfmal schneller am Ziel sein als mit dem Auto – zum gleichen Kilometerpreis. FOTO: PD/PXHERE, MONTAGE: WORK

100 und 300 Kilometern, bevor sie die Batterie nachtanken oder auswechseln müssen.

- Wenn die Motoren aussetzen, retten ein oder zwei Fallschirme die Abstürzenden.
- Sie können senkrecht starten und landen. Und sollen bald einmal autonom gesteuert vom Punkt A zum Punkt B fliegen können.
- Der Preis pro Kilometer soll nicht höher liegen als heute bei einem Audi 6 oder BMW 7.

PLAGE. Vermutlich werden diese Flieger schneller kommen, als wir glauben. Aber sie werden auf den Hochhäusern der Standortmarketingorganisation «Greater Zürich Area» kaum regelmäßig starten und landen. Der Grund ist einfach: Schon die heute verfügbaren kleinen Drohnen mit ihren Foto- und Videokameras sind eine Landplage. Wenn jetzt die Menschen auch noch mit Tausenden von Elektrofliegern den Himmel verdunkeln, droht uns eine neue biblische Heuschreckenplage.

LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/elektroflieger](#)
Noch berichtet nur die Lokalpresse über den Zermatter Elektroflieger.

● [rebrand.ly/larrypage](#)
Wer Freude an Videos hat, kann sich die fliegende Untertasse von Larry Page im Internet ansehen. Das Unternehmen «Kitty Hawk» will im dünnbesiedelten Neuseeland Taxidienste anbieten.

● [rebrand.ly/ohnpilot](#)
Bei 90 Prozent der Flugunfälle liegt menschliches Versagen vor. Deshalb setzt Airbus auf autonomes Fliegen. Die Probleme seien in der Luft kleiner als auf der Strasse. Weil es mehr Platz habe, und auch keine Fußgängerinnen und Fußgänger aus dem Dunkel der Nacht auf die Fahrbahn rennen.

● [dorothee-baer.de](#)
Dorothee Bär verkauft sich als Politikerin mit Herz.

● [rebrand.ly/buch](#)
Der geniale Erfinder Andreas Reinhard bringt nächstens ein Buch in drei Sprachen auf den Markt, das sich mit diesen Tür-zu-Tür-Fliegern auseinandersetzt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



**Italiens drittgrösster Baukonzern im schiefen Licht:
Arbeiter am Albula müssen um Lohn kämpfen**

Alpentunnel: Bohrt die Mafia mit?

Am Albultunnel im Engadin warten die Buezer auf ihren Lohn. Ihr Arbeitgeber, der Baukonzern Condotte, ist in Schieflage. Der Chef sitzt in Haft, und an Bord ist womöglich die Mafia.

RALPH HUG

Vor zwei Jahren lobte Ingenieur Duccio Astaldi die Schweiz über den grünen Klee: «Wir haben den Schweizer Arbeitsmarkt schätzengelernt.» Das war an der Feier zum Durchstich des Ceneri-Basistunnels im Tessin. Heute steht Astaldi unter Hausarrest, auf Geheiss des Staatsanwalts von Messina auf Sizilien. Astaldi ist nicht irgendwer, sondern Chef des drittgrössten Baukonzerns Italiens, Condotte SpA aus Rom. Ein Riese, der in der ganzen Welt Grossprojekte baut. Dem Chef und fünf weiteren Beteiligten werden «tangenti» vorgeworfen – Bestechung und Korruption rund um den Bau des Teilstücks Siracusa–Gela der Autostrada A18 auf Sizilien. Es geht um Schmiergelder in Höhe von 1,6 Millionen Euro.

ALBULA-LÖHNE AUSSTEHEND

Astaldi musste zurücktreten. Der Condotte-Konzern versichert: «Tutto in ordine!» Wirklich? Wenn Arno Russi den Namen Condotte hört, verwirft er die Hände: «Uuh!» Und dann erzählt den Unia-Mann in Chur, dass Condotte den Arbeitern Geld schulde. Schätzungsweise 500 000 bis 700 000 Franken. Ausstehend sind die Dezemberlöhne und der Dreizehnte inklusive Ferienanteil sowie Sozialversicherungsbeiträge. Die Geprellten sind zwei Dutzend Tunnelbauer aus dem Veltlin. Sie bohren von Süden her den neuen Albultunnel der Rhätischen Bahn. Die Condotte-Gruppewickelt den 345-Millionen-Auftrag in einem Konsortium mit dem Schweizer Konzern Walo und der österreichischen Porr ab.

Russi hat im Tessin reklamiert, wo der Schweizer Ableger von Condotte seinen Sitz hat. Dort sind aber nur Büros, die Arbeiter kommen aus Italien. Russi konnte noch kein Geld loseisen, wenigstens hat er Schuldbriefe erhalten. Seit Anfang März sind die Tunnelbauer bei Spinas GR nach der dreimonatigen Winterpause wieder an der Arbeit. Jetzt aber als Angestellte des Konsortiums. Russi sagt: «Wir müssen nach Ostern klären, wie wir zum Geld kommen.» Condotte habe auch noch beim Konsortium Schulden. Anfang Januar wurde klar, dass der römische Bauriese in einer akuten Finanzkrise steckt. Er hat bis Mai Gläubigerschutz erhalten und steht unter staatlicher Aufsicht.

IMMER ÄRGER MIT CONDOTTE

Ärger mit Condotte ist programmiert. Das jedenfalls sagen Unia-Leute übereinstimmend. Unter ihnen André Kaufmann, der Mitglied der Paritätischen Kommission Untertagbau war. Er hatte mit den Italienern oft Scherereien, sei's wegen Machenschaften bei den Anstellungsbedingungen, sei's wegen Sicherheitsmängeln (siehe rechts). Auch am Albula musste man einschreiten. Die Tunnelbauer sollten in günstigen Unterkünften untergebracht werden, es stehen ihnen aber vertraglich Einzelzimmer zu.

Condotte wandelt auf einem schmalen Grat. Der Konzern ist auch beim Brenner-Basistunnel im Rennen. Dort winkt ein fetter 8-Milliarden-Auftrag.

Condotte schuldet den Arbeitern rund 700 000 Franken.

Da können schlechte Schlagzeilen stören. Vor allem, wenn sie von Leuten wie CVP-Nationalrat Fabio Regazzi kommen.

Der Tessiner Politiker und Wirtschaftslobbyist rückt Condotte in die Nähe der Mafia. Dies mit Verweis auf zahlreiche italienische Medienberichte. So wurden fünf Manager von Condotte verhaftet, weil sie mit der kalabresischen Mafia 'Ndrangheta geschäftet haben sollen. Es gab auch schon Gerichtsverfahren. Aber nicht in der Schweiz. Hier hat Condotte beziehungsweise die

Tessiner Tochterfirma LGV Impresa Costruzioni SA seit 2010 Aufträge im Wert von über 150 Millionen Franken verbaut, vorwiegend im Tessin. Dies geht aus der bundesrätlichen Antwort auf einen Vorschlag von Regazzi hervor. Darüber ärgert sich die hiesige Konkurrenz. Sie klagt über Dumpingoffer, die stets zehn Prozent billiger seien.

NAIVE ALPTRANSIT?

Regazzi wirft der Alptransit Gotthard AG, Bauherren von Gotthard- und Ceneri-Basistunnel, Blauäugigkeit vor. Sie habe Aufträge an Firmen mit maßlosen Verbindungen vergeben. Doch davon will Alptransit-Geschäftsleiter Dieter Schwank nichts wissen. Zu work sagt er: «Wir taten unser Möglichstes.» Er hat die Unbedenklichkeitsserklärungen vor sich liegen, die man bei der italienischen Handelskammer vor und nach der Vergabe des Ceneri-Auftrags eingefordert hat. Und zwar jährlich. «Nullaosta» (keine Vorbehalte) steht da drauf. Solche Zertifikate bescheinigen, dass Firmen nicht gegen die Anti-Mafia-Gesetze verstossen haben.

Der Bundesrat will nun aber die Schraube bei den öffentlichen Aufträgen anziehen. Eine Gesetzesrevision sieht vor, dass künftig Firmen ausgeschlossen werden sollen, wenn sie Korruption nicht bekämpfen oder gar wegen Verfehlungen verurteilt wurden.

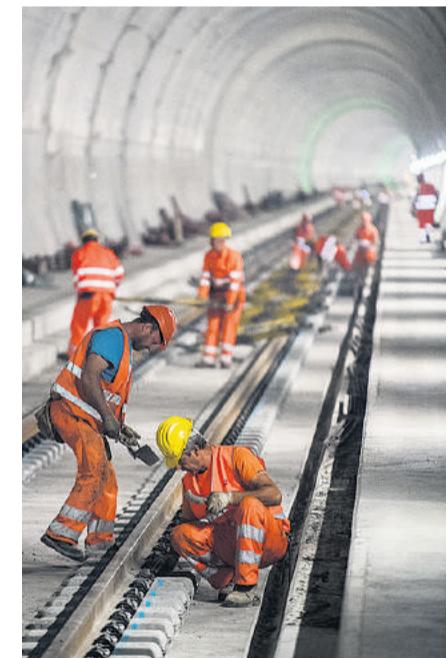
Richtig so. Denn spätestens nach der Aushebung einer neunköpfigen Zelle der 'Ndrangheta in Frauenfeld im letzten Sommer wird niemand behaupten wollen, die Schweiz sei mafiatfrei.

BAUKONZERN CONDOTTE

MAUSCHELEIEN, SCHLAMPEREIEN UND EIN TOTER

Condotte? Tönt nicht gut in Gewerkschaftsohren. Der italienische Baukonzern hinterlässt eine Skandalspur in der Schweiz. So 2014 am Grossen St. Bernhard, wo Condotte einen Sicherheitstunnel baute. Der Konzern wollte die Buezer aus Italien nicht selbst, sondern via eine Temporär-firma in Martigny VS anstellen, um so Wegentschädigungen und Unterkunftskosten zu sparen. Die Unia und die Paritätische Kommission durchkreuzten diese Machenschaften. Später sorgte Condotte für Turbulenzen, weil man die Arbeiter vor Fertigstellung abgezogen hatte.

DUBIOS. Beim Bau des Ceneri-Basistunnels fiel Condotte durch ein heilloses Durcheinander auf. «Nichts stimmte am Anfang», sagt Unia-Experte André Kaufmann, «weder die Lohnzahlungen noch die Sicherheit.» Die Unia schlug 2012 Alarm. Dann entliess der Konzern auf einen Schlag dreissig Arbeiter, darunter viele Unqualifizierte aus Süditalien, und ersetzte sie durch erfahrene Mineure. Die Geschassten berichteten von grossem Druck, Sicherheitsmängeln und Maulkörben. Auch gingen Gerüchte über dubiose Arbeitsvermittler aus dem Dunstkreis der kalabresischen Mafia um. Condotte wiegelte ab und versicherte, alles sei regelkonform. Ein Toter beweist das Gegenteil. Auf der Ceneri-Baustelle in Sigirino TI starb 2010 Pietro Mirabelli,



GEFÄHRLICHE ARBEIT: Bauarbeiter im Ceneritunnel. FOTO: KEYSTONE

ein 54jähriger Gewerkschafter aus Kalabrien. Ein herunterfallender Felsbrocken erschlug ihn. Mirabelli hatte sich – grausame Ironie des Schicksals – stets für mehr Sicherheit starkgemacht. Ein Strafgericht in Lugano verurteilte im Herbst 2012 zwei für die Sicherheit verantwortliche Ingenieure zu Geldstrafen. Diese hatten sich mit dem Argument verteidigt, sie hätten nur als Berater funktioniert. (rh)



EU-Reformen

Es gibt sie doch!

Jahrelang kam von der EU keine soziale Reform mehr. Vielmehr hatte ihre Sparpolitik antisoziale Auswirkungen auf die Menschen: bei der Gesundheit, der Bildung und den Sozialleistungen. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts, die die EU gleichzeitig durchpeitschte, schaffte zudem massenweise Unsicherheit und prekäre Jobs.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Und der Europäische Gerichtshof gab noch eins drauf. Er sprach vielen sozialen Regelungen die Berechtigung ab, die Lohndumping verhindern sollten.

BRÜSSEL WUNDERT SICH. Am härtesten traf diese Politik Griechenland und andere Länder des Südens. Aber auch Deutschland: Gemeinden verarmten, die Infrastruktur

verlotterte, und es entstand der grösste Tieflohnsektor Europas. Die Verantwortlichen dafür: Ex-EU-Präsident José Emanuel Barroso, der ehemalige deutsche Kassenwart Wolfgang Schäuble und die Troika (Europäische Kommission und Zentralbank sowie Internationaler Währungsfonds). Und die politische Elite in Brüssel wunderte sich, dass die EU in der Bevölkerung kaum noch Unterstützung fand.

RICHTIGE RICHTUNG. Entsprechend unter Druck stand die neu gewählte EU-Kommission 2015. Ihr Präsident, Jean Claude Juncker, sprach von der «Kommission der letzten Chance» und machte soziale Versprechungen. Die Gewerkschaften verlangten Taten statt Worte. Und siehe da: Jetzt zeichnen sich mit dem «Sockel der sozialen Rechte» erstmals wieder Fortschritte in der EU ab. Die Richtlinie über die entsandten Arbeitnehmenden wird verschärft, um Lohndumping einzudämmen. Die EU schafft zudem neu eine Agentur der Arbeit, um den Arbeitnehmerschutz länderrübergreifend durchzusetzen. Neu sollen in Zukunft auch die Eckwerte jeder Anstellung in einem schriftlichen Arbeitsvertrag festgehalten werden. Und schliesslich arbeitet die EU auch an einer Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmende mit Familienpflichten. Das alles ist noch keine umfassende Wende, aber die EU macht eine soziale Kurve in die richtige Richtung. In der Schweiz können sich die Arbeiterinnen darüber nur freuen. Denn hier weht weiter der steife Wind des Sozialabbaus und der Deregulierung.

UNIA online



Aktuell Stets gut informiert

Informieren Sie sich online darüber, was in der Unia läuft und was die Unia bewegt: Abonnieren Sie den Twitter-Feed www.twitter.com/UniaSchweiz. Folgen Sie der Unia auf Facebook www.facebook.com/UniaSchweiz. Oder lesen Sie die aktuellsten Meldungen direkt auf: www.unia.ch/aktuell

Nach 8 Jahren Diskriminierung von Kosovarinnen und Kosovaren: Bundesrat will endlich wieder AHV-Renten in Kosovo auszahlen



ENDLICH AHV: Rentner in Kosovo. FOTO: ISTOCK

Der Bundesrat hat ein Abkommen mit Kosovo verabschiedet. Nun können kosovarische Bürgerinnen und Bürger, die in der Schweiz gearbeitet haben, bald wieder Renten in ihrer Heimat beziehen.

MICHAEL STÖTZEL

Etwa 170 000 Kosovarinnen und Kosovaren arbeiten und leben in der Schweiz. Kehrten sie in den letzten acht Jahren nach ihrer Pensionierung nach Kosovo zurück, erhielten sie keine AHV-Rente. Unabhängig davon, ob sie regelmässig Beiträge einbezahlt hatten.

Offiziell begründet wurde der Rentenklaub mit fehlenden Strukturen im neuen Staat. Das bisherige Sozialversicherungsabkommen, das die Schweiz mit Ex-Jugoslawien abgeschlossen hatte, wurde deshalb für Kosovo ausgesetzt.

KOLLEKTIVHAFTUNG

In seinen nach dem Zerfall Jugoslawiens entstandenen Nachbarstaaten liess Bern das alte Abkommen übergangsweise weiterlaufen. Obwohl dort die rechtlichen Bedingungen nicht viel geordneter waren. Der damals zuständige Bundesrat, Didier Burkhalter, erklärte die besondere Behandlung der Kosovarinnen und Kosovaren zudem mit gescheiterten Ermittlungen gegen mögliche Betrüger. Und nahm damit zur Freude der rechten Stammtische ein ganzes Land in Kollektivhaftung.

SCHUMMELEI VORGESCHOBEN

Die Unia hatte bereits im Mai 2010 rund 10 000 Unterschriften für eine Petition gesammelt, in der sofortige Neuvorhandlungen gefordert wurden. Besonders unterstützt wurde sie dabei von Barbara Gysi, St. Galler Nationalrä-

tin und SP-Vizepräsidentin. Sie hält die Behauptung von zu schwachen kosovarischen Behörden und entsprechend viel Schummelei für vorgeschenkt.

Gysi zu work: «Immerhin hat die Schweiz Kosovo bereits im Jahr 2013 genügend vertraut, um ein Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit abzuschliessen.» Da

mit kosovarische Rentnerinnen und Renter endlich wieder selbst entscheiden können, wo sie leben wollen, müssen die Parlamente in Prishtina und Bern das neue Abkommen noch billigen. Gysi erwartet einen Abschluss noch dieses Jahr. Dafür sollte sich auch die neue «Parlamentarische Gruppe Schweiz-Kosovo» einsetzen, deren Co-Präsident der Luzerner SVP-Nationalrat Felix Muri ist.

SEHR, SEHR SCHWIERIG

Bleibt noch ein gewaltiges Problem: die in den letzten acht Jahren nicht ausbezahlten Renten. Gysi meint, es werde «sehr, sehr schwierig», auch nur einen Teil geltend zu machen. Rückerrstattungen nicht ausbezahlt. Renten sehe das neue Abkommen nicht vor, sagt dazu Harald Sohns, Sprecher des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Osman Osmani vom Bereich Migration der Unia sagt dazu: «Wir werden das nicht schlucken.»

Jetzt können Fahrerinnen und Fahrer den Mindestlohn einklagen

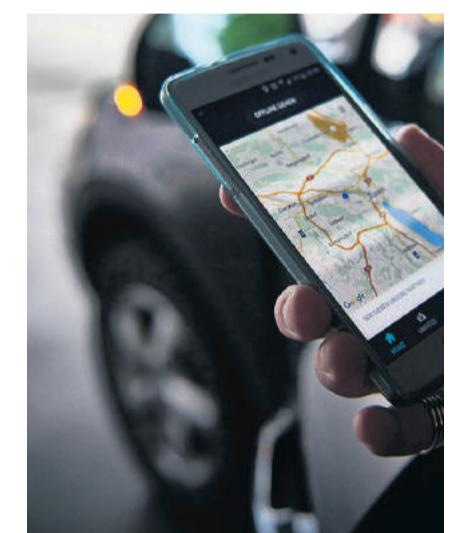
Bund stoppt Uber-Trick

Das Seco stellt klar: Der Dumping-Fahrdienst Uber und seine Subunternehmen betreiben Personalverleih. Das hat Konsequenzen.

CHRISTIAN EGG

Es ist ein wegweisender Entscheid für alle Uber-Fahrerinnen und -Fahrer, die bei Subunternehmen angestellt sind: Sie haben Anrecht auf einen Mindestlohn. Dies geht aus einer neuen Beurteilung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) hervor.

Die Behörde prüfte das neue Konstrukt, mit dem Uber unlängst Schlagzeilen machte: Anstatt die Fahrer direkt zu beschäftigen, operierte der Konzern mit sogenannten Partnerfirmen. Bei diesen sind die Chauffeure angestellt, sie arbeiten aber ausschliesslich für Uber (work berichtete).



AUSGEBREMST? Seco-Entscheid könnte Taxidienst Uber stoppen. FOTO: KEYSTONE

Auch wenn sich das Seco-Papier nur auf das Konstrukt mit den Subunternehmen bezieht: es betrifft auch die Fahrerinnen und Fahrer, die direkt für Uber arbeiten. Denn nur wer Arbeitgeber ist, kann Personal ausleihen. Künzler: «Also ist Uber ein Arbeitgeber und muss für alle Beschäftigten Beiträge an die AHV und die anderen Sozialwerke bezahlen.» Dies zu tun, weigert sich Uber seit Jahren hartnäckig.

DER GAV GILT. Erstmals stellt das Seco jetzt klar: Das ist Personalverleih. Und da gilt der Gesamtarbeitsvertrag der Branche. Er schreibt einen Mindestlohn von 18 Franken 66 pro Stunde vor.

Im Personalverleih gilt ein Mindestlohn von 18 Franken 66 pro Stunde.

ROMAN KÜNZLER, UNIA

Davon waren die Uber-Fahrer bisher weit entfernt. Ihr Verdienst lag teilweise unter 10 Franken. Rund zwanzig von ihnen haben ihre Löhne jetzt vor dem Genfer Arbeitsgericht angefochten. Unia-Mann Roman Künzler: «Der Entscheid des Seco stützt ihre Position entscheidend.»

UBER WECHT AUS. Zieht der US-Konzern Konsequenzen aus dem Seco-Entscheid? Uber weicht der Frage von work aus. Die Pressesprecherin teilt mit, man sei im Dialog mit den Behörden, «um damit zu einem klareren Verständnis von Ubers Geschäftsmodell beizutragen». Ein Bekenntnis zur Schweizer Rechtslage sieht anders aus.

Personalverleih: GAV-Verhandlungen ausgesetzt

Eclat in der Temporärbranche. Wie es weitergeht, ist unklar.

«Früher war nicht alles besser», heisst es in einer aktuellen Werbekampagne des Personalverleihverbands Swissstaffing.



Er stellt die Temporärarbeit im besten Licht dar: Mitarbeitende seien heute «dem GAV unterstellt, haben eine Pensionskasse und ausgezeichnete Weiterbildungsmöglichkeiten». Dumm nur: Genau diesen GAV (Gesamtarbeitsvertrag), der auch die Grundlage ist für die subventionierte Weiterbildung, will Swissstaffing nicht mehr. Der Temporärverband hat kürzlich die laufenden Verhandlungen zur Verlängerung des GAV Personalverleih ab 2019 sistiert. Begrundet hat er dies mit der Frage der Arbeitszeit.

ÜBERZEIT. Die Arbeitszeiten in der Branche sind schon heute stark dereguliert. Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung: «Erst ab neuneinhalb Stunden pro Tag muss die Überzeit mit Zuschlag ausbezahlt werden. Doch Swiss-



la suisse existe
Jean Ziegler

LAWROWS PECH

Im weiten – mit Kameras, elektronischen Sensoren und Betonmauern geschützten – Areal der Genfer Botschaft Russlands wohnt Außenminister Sergei Lawrow, wenn im Völkerbundpalast der Uno-Menschenrechtsrat tagt. Dann öffnet sich jeden Morgen, genau 9 Uhr 55, das schwere Eisentor, und acht schwarze, gepanzerte Limousinen

fahren vor. Darin sitzen die russischen Diplomaten, Dolmetscher und Leibwächter. Eisentor Nr. 7 im Westflügel des Völkerbundpalasts, wo im Saal der Menschenrechte und der Allianz der Zivilisationen um 10 Uhr jeweils die Sitzung des Menschenrechtsrates beginnt, liegt von der russischen Festung knapp 500 Meter entfernt. Sergei Lawrow geht kein Risiko ein. Tschetschenische Jihadisten könnten überall sein.

Die Bomben auf Harasta in Syrien waren in Russland produzierte Splitterbomben.

Völkerbundpalasts, wo im Saal der Menschenrechte und der Allianz der Zivilisationen um 10 Uhr jeweils die Sitzung des Menschenrechtsrates beginnt, liegt von der russischen Festung knapp 500 Meter entfernt. Sergei Lawrow geht kein Risiko ein. Tschetschenische Jihadisten könnten überall sein.

UNERTRÄGLICHE TAGE. Es gibt Tage im Leben, die beinahe unerträglich sind. So ein Tag war kürzlich in der Frühlingsession des Uno-Menschenrechtsrates. Paulo Sérgio Pinheiro, der Präsident der Uno-Untersuchungskommission für Syrien, ist ein brasilianischer Jurist von höchster Kompetenz und grossem persönlichem Prestige. Zur Zeit der brasilianischen Militärdiktatur leistete er Widerstand, überlebte und floh nach Paris. In Genf trug er jetzt den fünfzehnten Bericht seiner Kommission vor. Ihre Mitglieder können nicht nach Syrien hinein. Sie befragen Flüchtlinge und Deserteure im Ausland. Und sie sichten die Abhörprotokolle und Satellitenbilder westlicher Geheimdienste. Ihre Aufgabe: die Verbrechen aller Kriegsparteien akribisch zu dokumentieren. Die Berichte der Kommission bringen zwar kein syrisches Kind zum Leben zurück. Aber die Kommission sammelt Beweise, die in naher oder ferner Zukunft der Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag brauchen wird, um Kriegsverbrecher anzuklagen.

RUSSISCHE SPLITTERBOMBEN. Auch in seinem jüngsten Bericht dokumentierte Pinheiro schreckliche Verbrechen. Zum Beispiel die mehrfachen Angriffe auf Harasta und andere Städte und Dörfer in der Ghouta-Region. Syrische Artillerie und russische Flugzeuge beschossen sie mit Gasgranaten und Splitterbomben. Hunderte starben unter furchterlichen Qualen.

Auf Pinheiro folgt Lawrow. Im eleganten dunkelblauen Massanzug tritt er ans Mikrofon – ein mit sich selbst sichtlich zufriedener Mann. Er nimmt Pinheiros Bericht auseinander. Sein Fazit: «Alles Lügen!» Aber Lawrow hat Pech. Die Bomben auf Harasta waren in Russland produzierte Splitterbomben. Syrische Milizionäre hatten Reste der Geschosse in die Türkei – und zu Pinheiro – geschmuggelt.

Wo ist Hoffnung? Das russische Veto lädt die Uno. Nur der entschlossene Druck der Weltöffentlichkeit kann den Verbrechern in Syrien, darunter Putin und Lawrow, das Handwerk legen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Massendemos und Streiks in Frankreich

Aufstand gegen Macron

Hunderttausende gehen gegen Präsident Macron auf die Strasse. Und die Eisenbahner streiken. Für viele ist es der «Aufstand der letzten Chance».

OLIVER FAHRNI

Über Frankreich hängt das soziale Ressentiment seines Präsidenten wie ein giftiger Nebel. Wann immer er oder einer seiner Minister das Wort ergreift, hört Frankreich, wer schuld hat, am Zustand des Landes: Die Armen. Die Arbeitslosen. Die Beamten. Die Gewerkschaften. Die Flüchtlinge. Die Alten. Die Faulen. Die Eisenbahner und ihre Privilegien. Die Liste ist nicht abschliessend (siehe «Leute, die nichts sind»).

DIE FIRMA FRANKREICH

Die Macronisten sehen Frankreich als Firma. Seit zehn Monaten sind sie daran, die «Macron Company» für die Besitzenden profitabler zu machen.

Macrons erste Baustelle war das Arbeitsrecht. Er schleifte im vergangenen Jahr den Kündigungsschutz und die 35-Stunden-Woche, stützte die Rechte der Gewerkschaften und öffnete prekären Jobs Tür und Tor. Der Widerstand gegen die «Reform» brach zusammen, weil der grosse sozialdemokratische Gewerkschaftsbund

CFDT und die Dachorganisation Force Ouvrière (FO) aus der Gewerkschaftsfront ausscherten. Das war Macrons Methode geschuldet. Er liess die Gewerkschaften einzeln zu «Konsultationen» empfangen. Jede bekam nur Bruchstücke des neuen Gesetzes zu sehen. Der Präsident verordnete es per Dekret.

Hier war schon alles vorgezeichnet, was Macron seither im Eilschritt absolviert. Privatisierungen. Massive Steuersenkungen für Konzerne und die Superreichen. Der Abbau des Service public. Eine Menge repressiver Verordnungen, gegen Arbeitslose etwa. Und ein brutales Sparprogramm. Allein die Städte müssen 23 Milliarden Franken sparen. Das ganze neoliberalen Programms. Nur verschärft.

AUSNAHMEZUSTAND

Vom schwachen Widerstand gegen das Arbeitsgesetz ermutigt, attackiert Macron nun die Eisenbahner. Sein Kalkül dabei ist einfach: Bricht er ihnen das Genick, bricht er jeden Widerstand. Denn die Eisenbahner spielen in der französischen Geschichte eine besondere Rolle. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sie mit Streiks fortschrittliche Sozialgesetze durch. 1995 zwangen sie mit einem monatelangen Streik den damaligen Präsidenten Jacques Chirac in die Knie.

Doch Macrons Tricks verfingen diesmal nicht. Die geeinten Eisenbahnergewerkschaften reagieren mit Streik: Am 22. März war Generalprobe. Viele Züge standen still. Ab dem 3. April treten sie in einen

sogenannten Flatter-Ausstand (zwei Tage Streik, fünf Tage Arbeit). Sollte Macron seinen Plan durchziehen wollen, die rentierende Staatsbahn SNCF noch brutaler auf Profit zu trimmen, drohen sie, das Land ganz stillzulegen.

GEEINT GEGEN DIE «MACRONIE»

Die Gewerkschaften eröffneten mit 180 Demos im ganzen Land das Kräftemessen. Morgens um 6 Uhr in der Kantine des Marseiller Bahnhofs Saint-Charles zeigen sie sich entschlossen. «Was für Privilegien sollen wir haben?» fragt Zugsbegleiter Eric. «Diese Woche habe ich drei verschiedene Schichtdienste und schlafe nur zweimal zu Hause. Dafür bekomme ich nach 13 Dienstjahren 1600 Euro, mit den Zulagen 2100 (rund 2450 Franken).» Eine Kollegin gesellt sich dazu: «Wir kämpfen nicht nur für uns, sondern für den ganzen Service public. Gegen soziale Not in der «Macronie».

Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner zogen an ihrem ersten Aktionstag 325 000 Beamte, Krankenpfleger, Anwältinnen, Gymnasiasten, Lehrer und Studenten mit. Eine Anwältin sagte an der Marseiller Demo zu work: «Macron sucht den Bruch. Wenn wir ihn jetzt nicht stoppen, ist es um Frankreich geschehen. Es ist unsere letzte Chance.»

DER BESSERWISSEN: Präsident Emmanuel Macron. Foto: KEYSTONE

Der französische Präsident pflegt die soziale Verachtung «Leute, die nichts sind»

Macron beleidigt Arme und Arbeitslose als «Tagediebe». Unter der glatten Pariser Politur ist er brutal einfach gestrickt.

Kürzlich gab es eine Szene mit französischen Rentnern. Präsident Macron (41) federt aus dem Dienstwagen und beginnt mit dem Händetätscheln, um für seinen Rentenabbau zu werben: «Sie müssen Opfer bringen.» Küsschen. Da sagt eine Frau: «Sie fressen uns auf, Herr Präsident. Ich habe 44 Jahre lang gearbeitet, und jetzt habe ich weniger als 800 Euro zum Leben.» Macron sofort: «Das stimmt nicht!» Er sagt nicht: «Wie kann das sein?» Er weiß nichts über die Verhältnisse

dieser Frau, aber er weiß es besser. Schliesslich hat er ja Elite-Schulen absolviert. Schliesslich ist er reich. Schliesslich ist er Präsident.

GLATT POLIERT. Manchmal geht es mit Macron einfach durch. Seit seine Umfragewerte sinken, immer häufiger. Da werden aus Arbeitslosen «Tagediebe», aus Armen «Leute, die nichts sind», und wer einen Widerspruch wagt, hört sich «Analphabet» geschimpft.

Und wehrt sich jemand gegen Entlassungen, will der nur «foutre le bordel», eine derbe Formulierung für «den Laden aufmischen». Natürlich hat man ihn danach nur falsch verstanden. Er pflege halt ein

«komplexes Denken», sagt er. Tatsächlich aber ist sein Weltbild, unter einer glatten Pariser Politur, brutal einfach gestrickt. Er allein weiß, was für Frankreich gut ist. Sträuben sich die Fakten, sind sie selber schuld. Das zieht er durch, notfalls per Dekret.

SCHNELLER ABBAU. Eile treibt ihn an. Er muss möglichst schnell möglichst viel zerschlagen: Den Kündigungsschutz im Arbeitsrecht. Die Steuern für die Reichsten. Die Chancengleichheit beim Studium. Die paritätische Arbeitslosenversicherung. Das Rentensystem. Die Gesundheitsversorgung für alle. Das Eisenbahnerstatut. Seit der britischen Ex-Premier

ministerin Margaret Thatcher hat kein europäischer Staatschef in so kurzer Zeit so heftig die soziale Ordnung demonstriert. Macron kultiviert eine tiefe Verachtung für sozial Schwächere und erst recht für alle, die sich für Arbeitslose, Flüchtlinge und andere vom Leben Gebeutelte einsetzen. (olf)

Angetroffen am diesjährigen Weltsozialforum: work-Redaktorin Patricia D'Incau sprach mit zwei brasilianischen Gewerkschafterinnen, einem Landbesetzer und einer kurdischen Aktivistin aus Syrien.

Milca Martins (41), Hausangestellte, Salvador da Bahia, Brasilien

«Die Reichen holen sich die Kinder auf dem Land»



Als die anderen ihren ersten Schultag hatten, begann für Milca Martins das Arbeitsleben: Mit 7 wurde das Mädchen aus ärmlichen Verhältnissen Hausangestellte. Ein Gesetz, das dies verboten hätte, gab es 1984 noch nicht. Heute ist Kinderarbeit in Brasilien zwar verboten – trotzdem ergeht es noch immer vielen wie Milca Martins. Sie erzählt: «Reiche Familien holen sich Kinder vom Land und lassen sie im Haushalt arbeiten. Unter sklavenähnlichen Bedingungen. Der Staat kontrolliert kaum. Die Folgen für die kleinen Hausangestellten: sie erhalten keine Schulbildung, erfahren aber Gewalt und sexuellen Missbrauch. Auch das hat Martins erlebt: Deshalb weiß ich, wie wichtig es ist, in der Gewerkschaft zu sein», sagt sie.

GUTE KIPPEN. Milca Martins Lachen ist herzlich, ihre Forderungen sind klar: Hausangestellte müssten mehr verdie-

nen als das gesetzliche Minimum von 937 Reais (rund 270 Franken). Außerdem braucht es Weiterbildungen und Wohnprogramme. Denn: Alle, die nicht lesen und schreiben könnten und dort leben, wo sie auch arbeiten, seien den Hausherrn. **Auch Martins und Hausherrinnen hat Gewalt bei der Arbeit erlebt.**

Und schliesslich müsse es auch Krippen geben für die Kinder von Hausangestellten. «Und nicht einfach irgendwelche Krippen», sagt Martins. Sonder solche, wie sie die Reichen auch hätten. Mit Essen und guter Betreuung. Für Martins, die selber Mutter ist, eine Herzensangelegenheit: «Ich stehe morgens um 4 Uhr auf, damit ich pünktlich bei der Arbeit bin. Dort mache ich das Kind meiner Chefin für die Schule parat, während mein eigenes den gan-

zen Tag alleine zu Hause ist.» Milca Martins mag nicht darauf hoffen, dass sich von selber etwas ändert. Sie sagt: Jene, die für die Umsetzung der Gesetze zuständig wären, sind dieselben, die auch Hausangestellte haben. Deshalb sei es wichtig, dass ihre Gewerkschaft, «Sindoméstico», Druck mache. Und stärker werde.

TOLLE APP. Noch ist nur ein Bruchteil der halben Million Hausangestellten in Salvador da Bahia organisiert. Sie zu erreichen ist nicht einfach. Das wird sich jetzt vielleicht ändern: mit der App «Laudelina». Sie bietet einen Lohnrechner, Rechtsauskünfte, einen Notruf und die Möglichkeit, mit anderen Hausangestellten in Kontakt zu treten. Geld für die App hat die Gewerkschaft aus dem Spendentopf von Google bekommen. Martins freut sich: «Das ist eine tolle Sache! Denn ein Handy haben alle.» (pdi)

Damião Muniz da Silva (41), Landbesetzer, Salvador da Bahia, Brasilien

«Das Land muss dem Volk gehören»

Damião Muniz da Silva kommt nur knapp durch die Tür, ohne sich den Kopf zu stoßen. Mit offen Armen begrüßt der Hüne die Gäste aus der Schweiz. Für ihn, seine Frau und die dreissig Familien, die hier leben, ist heute ein besonderer Tag.

Vor genau zwei Jahren wurde ihr kleines Dorf legalisiert. Seither müssen sie nicht mehr befürchten, dass die Polizei sie vertreibe. Bis es jedoch so weit war, hatte es lange gedauert. Bereits 2006 besetzten da Silva und die anderen das Land,

auf dem sie heute leben. Sie wollten es wieder bewirtschaften, nachdem es jahrelang brachgelegen hatte. In Brasilien keine Seltenheit: 90 von 388 Millionen Hektaren werden nicht genutzt und veröden. Während es Tausenden Menschen an einer Lebensgrundlage fehlt.

KAMPF UM LAND. Damião Muniz da Silva will das ändern. An mehr als 17 Landbesetzungen war er mittlerweile beteiligt. Zusammen mit seinem Movimento de Luta pela Terra (MLP).



Damião Muniz da Silva.

Es ist Teil der Landlosenbewegung, die seit den 1980er Jahren

in ganz Brasilien für eine gerechte Verteilung von Landbesitz kämpft. Und das geht so: Das Movimento besetzt Land und übergibt es jenen, die es brauchen. Vor allem an Kleinbäuerinnen und Landarbeiter. An Menschen, die früher dort gelebt haben und von den Grossgrundbesitzern vertrieben wurden», erklärt da Silva.

VERLORENER BRUDER. Die Landlosenbewegung in Brasilien hat die Verfassung auf ihrer Seite. Diese schreibt nämlich vor, dass

das Land genutzt werden müsse. Trotzdem machen sich da Silva und seine Leute mächtige Feinde. Besetzen sie Brachland, kommen fast immer die Polizei oder die Paramilitärs. Und häufig schießen sie.

Wie damals auf da Silvas Zwillingsbruder Cosme. Da Silva erinnert sich: «Vor den Augen seiner Frau und der kleinen Tochter wurde er hingerichtet.» Aufgegeben hat da Silva trotzdem nicht. Er sagt: «Das Land muss einfach dem Volk gehören.» (pdi)

Dulcilene Morais (53), Baugewerkschafterin, Recife, Brasilien

«Die Gewalt ist erschreckend»



über sie gleich sprechen will. Über ihre Branche, den Bau – und über die Frauen, die in dieser Männerdomäne oft vergessen gehen.

Rund 200 000 Frauen arbeiten in Brasilien im Bausektor. Vor allem als Nothelferinnen, Logistikerinnen und administrative Kräfte. Aber auch als Schweizerinnen und Ingenieurinnen.

Für sie ist die Lage im Moment besonders schwierig. Seit drei Jahren steckt Brasiliens Baubranche in einer Rezession. Viele Baustellen stehen still wegen Korruptionsskandalen. Schaden tut das allen Beschäf-

tigten. Aber den Frauen im speziellen. Morais sagt: «Kommt es zu Entlassungen, trifft es Frauen zuerst.» Unterschiede gibt es auch beim Lohn. Obwohl die Lohngleichheit bereits seit den 30er Jahren in der Verfassung steht, verdienen Frauen noch immer 30 Prozent weniger.

GEWALT IM BERUF. Besonders Sorgen macht der 53jährige die ansteigende Gewalt im Land. «Es gibt eine Zunahme von Morden, Handgreiflichkeiten und Diskriminierung», sagt Morais. Allein in ihrem Staat, Pernambuco, seien letztes Jahr min-

destens 300 Frauen ermordet worden. Die Gewerkschafterin weiss: Übergriffe passieren auch auf dem Bau. Anzügliche Sprüche gehören zur Tagesordnung, und oft bleibt es nicht bloss bei Worten. Morais sagt: «Frauen erleben auf der Arbeit oft sexuelle Belästigung oder gar Gewalt.»

Mit Kampagnen auf dem Bau versucht ihre Gewerkschaft zu sensibilisieren. Weil der Staat nichts tut, will Morais bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ausserdem eine formelle politische Anzeige einreichen. Am wichtigsten sei es, dass sich die Frauen selber weh-

ren könnten. «Sie müssen ferner, anständig behandelt zu werden, und sich trauen, Anzeige zu erstatten», sagt Morais.

SICH WEHREN. Ein zentraler Punkt sei dabei die Bildung. Aber auch, dass Frauen sichtbar werden. Etwa, wenn Gewerkschafterinnen und Unternehmen über Arbeitsbedingungen verhandeln. Morais sagt: «Egal, wie solidarisch die männlichen Kollegen sind: wenn die Frauen nicht mit am Tisch sitzen, können Themen wie Lohngleichheit oder sexuelle Gewalt schnell vergessen gehen.» (pdi)



WUT UND TRAUER: Gegen den brutalen Mord an der Linkspolitikerin Marielle Franco (im gezeichneten Portrait) protestierten in Rio de Janeiro Hunderttausende Frauen und verlangten den Kopf von Brasiliens Präsident Michel Temer. Weil dieser die Gewalt gegen Frauen systematisch schürt. Foto: KEYSTONE

Rohash Shexo (44), kurdische Aktivistin, Afrin, Nordsyrien

«Das Schweigen tötet»

wird gezielt zerstört. Shexo sagt: «Erdoğan will das Gebiet säubern, uns Kurdiinnen und Kurden vernichten.» Der türkische Präsident gibt das offen zu.

POLITISCHES LABOR. In Afrin geht es nicht nur um Territorium, sondern auch um Ideologie. Denn: Mitten im Syrienkrieg haben Kurdiinnen und Kurden – zusammen mit Menschen assyrischer, arabischer und turkmenischer Herkunft – die Autonome Föderation Nordsyrien ausgerufen. Kurz: Rojava. Kein Staat, aber ein unabhängiges Gebiet, zu dem drei «Kan-

Osten. Shexo erklärt: «Bei uns haben alle dieselben Rechte. Unabhängig von Ethnie, Hautfarbe, Religion und Geschlecht.» Das zeigt sich auch im politischen System: Ein Parlament gibt es nicht. Stattdessen Räte und Komitees, in denen alle Mitglied werden können. Wobei Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sind. Alle Bereiche des Lebens – von Wirtschaft bis zur Justiz – werden so gemeinsam geregelt. Bisher ist es gelungen, dieses Projekt zu schützen. Etwa 2015 im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Als die Kurden

die islamistischen Gotteskrieger vertrieben, jubelte der Westen. Heute, in Afrin, ist das anders. **SCHWEIGENDER WESTEN.** Der Nato-Staat Türkei verletzt internationales Recht – mit englischen Waffen und Panzern aus Deutschland –, und Europa bleibt stumm. Rohash Shexo weiss: «Die Türkei ist ein wichtiger Partner.» Für das, was in Afrin passiert, macht sie die europäischen Länder deshalb mitverantwortlich. Denn: «Es sind nicht nur die Bomben, die uns töten. Sondern auch das Schweigen.» (pdi)

tone gehören: Kobanê, Cizirê und Afrin (Afrin). Es soll eine demokratische Alternative sein zu den autoritären Systemen im Mittleren

mentarierin von Rio de Janeiro und Mitglied der linken Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL).

Plötzlich fallen Schüsse. Die Killer schießen neun Mal. Vier Schüsse treffen Franco direkt in den Kopf. Die 38jährige ist sofort tot. Auch für ihren Fahrer Gomes kommt jede Hilfe zu spät. Schnell wird klar: Der Mord war minütös geplant. Als Stadträtin hatte Franco immer wieder Missstände angeprangert. Die Linkspolitikerin war in den Slums aufgewachsen, in den Favelas von Rio, sie war Afrobrasilienerin und alleinerziehend. Sie leitete die städtische Frauenkommission, forderte die Legalisierung von Schwangeren von Rio de Janeiro und Mitglied der linken Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL).

Doch für Marielle Franco war klar: Diese Massnahme bewirkt das Gegenstiel. Nur vier Tage vor ihrem Tod machte sie die Militärpolizei öffentlich für den Mord an drei jungen Favela-Bewohnern verantwortlich.

HASS AUF FRAUEN Der Mord an Marielle Franco hat Brasilien mittens ins Herz getroffen. Kein Tag vergeht mehr, ohne dass Hunderttausende Frauen und Männer auf die Strasse gehen. Von Rio bis Salvador skandieren sie: «Somos todos Marielle! Wir alle sind Marielle!

Die Frauen führen die Proteste an. Der Anschlag auf Marielle war ein Anschlag auf alle Brasilianerinnen. Denn: Brasilien ist für Frauen eines der unsichersten Länder der Welt. Alle zwei Stunden wird eine Frau ermordet. 2013 waren es mehr als im Kriegsland Syrien. Die ehemalige brasiliensche Präsidentin Dilma Rousseff erliess deshalb 2015 ein Gesetz, das Mord an Frauen aufgrund ihres Geschlechts als eigenen Strafbestand verankerte (Femizid). Gleichzeitig trieb Rousseff Bildungsprogramme voran, die Frauen unabhängig machen sollen. Als das Parlament Rousseff vor rund zwei Jahren absetzte, schwante den Brasilianerinnen deshalb Böses. Und sie täuschen sich nicht. Mit Michel Temer kam

ein rechter Macho an die Macht. Sein erster Streich: die Auflösung des Fraueministeriums. Kurz darauf folgte der Angriff auf das Abtreibungsrecht. Dieses ist in Brasilien schon jetzt sehr rigide. Doch Temer und seine evangelikalen Kumpane im Parlament wollen Schwangerschaftsabbrüche jetzt ganz verbieten. Selbst für Vergewaltigungen.

Der «Machismo», bei dem Männer die Frauen als ihr Eigentum betrachten, wird unter Temer offen gefordert. Die brasiliensche Organisation SOS Corpo spricht von einer «Explosion des Hasses auf Frauen». Ob auf der Strasse, im Taxi oder beim Konzert unter dem klaren Sternenhimmel – überall ist es hör- und fühlbar. Brasilien bebt. Manche Beobachterinnen machen Bürgerkriegsstimmung aus. Die Angst vor einem Militärputsch geht um.

Temer hat die Sozialausgaben für die nächsten 20 Jahre eingefroren. Er hat das Arbeitsgesetz ausgehöhlt und die Gewerkschaften geschwächt. Die Folge: Sechs Millionen Menschen sind in die Armut zurückgefallen, die Arbeitslosigkeit explodiert. Unter dem Sozialabbau leiden die Frauen ganz besonders. Das weiss die Gewerkschafterin Dulcilene Morais (siehe Portrait links). Sie sagt: «Kommt es zu Entlassungen, trifft es Frauen zuerst.»

Und wenn einen Job hat, erlebt nicht selten Belästigung und Gewalt. Doch die Brasilianerinnen stehen auf und wehren sich. Das war auch am Weltsozialforum sichtbar. Viele der Veranstaltungen, die unter weissen Plastizelten und in kahlen Unterrichtsräumen stattfinden, sind in Frauenhand. Nicht erst nach dem Mord an Marielle Franco. Mit Trommeln und Parolen ziehen sie über den Campus. Auf einer grünen Wiese stehen unzählige Kreuze in Pink, ein symbolischer Friedhof für die real ermordeten Frauen. Am dritten Tag des Weltsozialforums steht dort ein Kreuz mehr. Das für Marielle.

«MARIELLE LEBT!» Die Frauen auf dem Pelourinho-Platz im Herzen von Salvador rufen: «Marielle live!» Sie lebt.

Am zweitletzten Weltforumtag verabschieden rund 5000 Frauen eine internationale Deklaration, die unter anderem das Ende der Gewalt an Frauen fordert. Sie sei auf der Strasse, zu Hause oder bei der Arbeit. Ihre Botschaft: Frauen kämpfen gemeinsam – und weltweit.

Diese Botschaft der Frauen nimmt auch Unia-Geschäftsleiterin Corinne Schärer von diesem Weltsozialforum mit. Sie sagt: «Was ich hier gesehen und gehört habe, weiß ich an der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einbringen. Die ILO setzt internationale Standards beim Arbeitsrecht. Die nächste Konferenz findet im Juni statt. Thema: «Gewalt an Frauen in der Arbeitswelt».

TRAUER STATT FESTSTIMMUNG: Der Mord an der linken Politikerin Marielle Franco traf Brasiliens Frauen mitten ins Herz. Auch diejenigen am Weltsozialforum.

PATRICIA D'INCAU

Es sollte ein freudiges Treffen werden, das 14. Weltsozialforum in Salvador da Bahia. Strahlendes Wetter, Sommersonne im März, Couscous aus Plastischalen und Tausende Menschen aus aller Welt, die auf dem Universitätscampus über globale Probleme diskutieren, Kontakte knüpfen und politische Energie tanken (work berichtete).

Doch das globale «Klassentreffen der Fortschrittlichen» ist kaum einen Tag alt, als die brutale brasiliensche Präsidentin Dilma Rousseff erliess deshalb 2015 ein Gesetz, das Mord an Frauen aufgrund ihres Geschlechts als eigenen Strafbestand verankerte (Femizid). Gleichzeitig trieb Rousseff Bildungsprogramme voran, die Frauen unabhängig machen sollen. Als das Parlament Rousseff vor rund zwei Jahren absetzte, schwante den Brasilianerinnen deshalb Böses. Und sie täuschen sich nicht. Mit Michel Temer kam

ein rechter Macho an die Macht. Sein erster Streich: die Auflösung des Fraueministeriums. Kurz darauf folgte der Angriff auf das Abtreibungsrecht. Dieses ist in Brasilien schon jetzt sehr rigide. Doch Temer und seine evangelikalen Kumpane im Parlament wollen Schwangerschaftsabbrüche jetzt ganz verbieten. Selbst für Vergewaltigungen.

Temer hat die Sozialausgaben für die nächsten 20 Jahre eingefroren. Er hat das Arbeitsgesetz ausgehöhlt und die Gewerkschaften geschwächt. Die Folge: Sechs Millionen Menschen sind in die Armut zurückgefallen, die Arbeitslosigkeit explodiert. Unter dem Sozialabbau leiden die Frauen ganz besonders. Das weiss die Gewerkschafterin Dulcilene Morais (siehe Portrait links). Sie sagt: «Kommt es zu Entlassungen, trifft es Frauen zuerst.»

Und wenn einen Job hat, erlebt nicht selten Belästigung und Gewalt. Doch die Brasilianerinnen stehen auf und wehren sich. Das war auch am Weltsozialforum sichtbar. Viele der Veranstaltungen, die unter weissen Plastizelten und in kahlen Unterrichtsräumen stattfinden, sind in Frauenhand. Nicht erst nach dem Mord an Marielle Franco. Mit Trommeln und Parolen ziehen sie über den Campus. Auf einer grünen Wiese stehen unzählige Kreuze in Pink, ein symbolischer Friedhof für die real ermordeten Frauen. Am dritten Tag des Weltsozialforums steht dort ein Kreuz mehr. Das für Marielle.

«An der nächsten Konferenz der ILO werde ich die Anliegen der Frauen in Brasilien einbringen.»

CORINNE SCHÄRER, UNIA GESCHÄFTSLEITERIN

Ostermarsch in Bern und am Bodensee

Frieden dank Gerechtigkeit

Friedensbewegte sind auch dieses Jahr wieder auf den Strassen und zeigen Flagge. Der Schweizerische Friedensrat führt am Ostermontag zwei Kundgebungen in Bern und im österreichischen Bregenz am Bodensee durch. Die Botschaft: Unser Wohlstand beruht



FOTO: OSTERMARSCH BERN

auf dem Elend anderer – doch das verdrängen wir oft. An den traditionellen Ostermärschen soll bewusst werden, dass Wirtschaft und Frieden zusammenhängen. Nur gerechte Verhältnisse und das Ende der Ausbeutung von Mensch und Natur können Frieden schaffen.

Ostermärsche am 2. April. In Bern: Auftakt um 13 Uhr auf dem Eichholz an der Aare (Wabern), Kundgebung mit Danièle Gosteli (Amnesty International) um 14.30 Uhr auf dem Münsterplatz. In Bregenz (A) am Bodensee: Beginn 11 Uhr am Parkplatz Seestadt gegenüber Bahnhof, 12.15 Uhr Kundgebung mit Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund). www.friedensrat.ch

EU-Staaten Höhere Mindestlöhne

22 EU-Staaten kennen Mindestlöhne. In 19 davon wurden sie auf den 1. Januar 2018 erhöht. Und zwar ziemlich kräftig, nämlich im Mittel um 4,4 Prozent. Dies geht aus dem Mindestlohnbericht 2018 der deutschen Hans-Böckler-Stiftung hervor. Nur in Deutschland, Griechenland und Luxemburg gab es keine Erhöhung. Generell bleiben die Mindestlöhne gemessen am mittleren Lohnniveau niedrig. In Westeuropa liegen sie bei rund 9,40 Euro, in Südeuropa bei gut 4 Euro und in Osteuropa bei rund 2,70 Euro.

WSI-Mindestlohnbericht 2018, Download auf rebrand.ly/mindestlohn

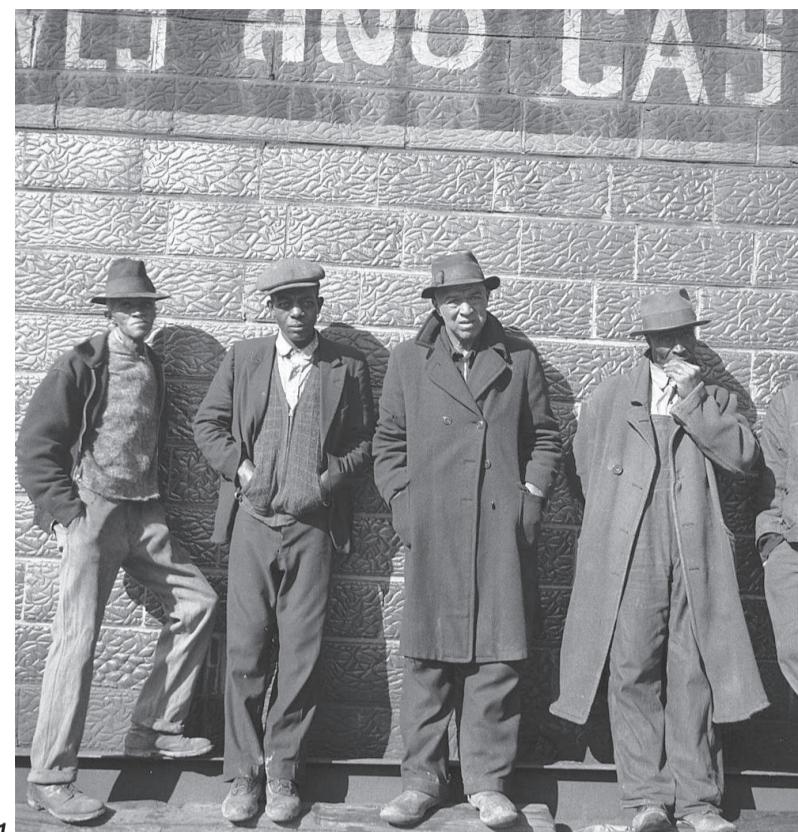
Zu Fuss neu erkunden Wandern in Zürich

Wer kennt Zürich? Die boomende Wirtschaftsmetropole lässt sich auch gut zu Fuß erkunden. Die kleine Weltstadt hat viel zu bieten, und zwar abseits normierter Sightseeingtouren. Das zeigen Ursula Bauer, der kürzlich verstorbene Jürg Frischknecht und Fotograf Marco Volken in ihrem neuen Band «Wandern in der Stadt Zürich». Sie schlagen sechzehn Touren vor, in denen man Zürich als urbane und gleichzeitig ländliche Stadt neu kennenlernen kann – mit viel Hintergrundinfos, die das Auge für die Umgebung von Limmat, Sihl und See neu schärfen.



Ursula Bauer, Jürg Frischknecht, Marco Volken: **Wandern in der Stadt Zürich**, 328 Seiten, mit Fotos, Stadtplänen und Serviceteil, Rotpunktverlag Zürich, Fr. 42.–.

Reisefotografie: Annemarie Schwarzenbachs Schätze sind jetzt online **Ein Leben im Rausch**



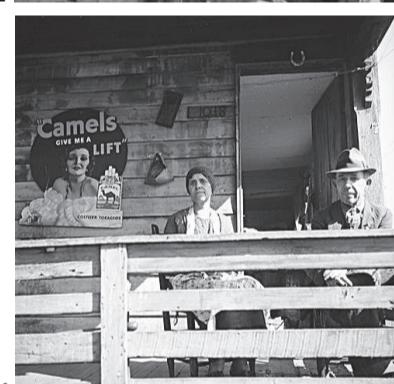
1



2



3



4



5

SZENEN AUS FRÜHEREN ZEITEN: 1. Männer in Scotts Run, USA, um 1937. 2. Gruppenfoto mit Baroness d'Andurin, die im syrischen Palmyra ein Hotel führte, 1935. 3. Menschen mit Tropenhüten vor einer Bananenplantage in Belgisch-Kongo, um 1941. 4. Ein Paar auf einer Terrasse in Knoxville, USA, um 1937. 5. Ein Junge in den USA, um 1937. FOTOS: ANNEMARIE SCHWARZENBACH

Sie hatte Geld und keine Hemmungen. Die Fotografin Annemarie Schwarzenbach hinterliess mit ihrem Werk das Dokument eines abenteuerlichen Lebens.

RALPH HUG

Mit 34 war alles vorbei. Annemarie Schwarzenbach (1908–1942) endete so tragisch wie banal: mit einem unglücklichen Sturz vom Velo im Engadin. Sie war angeschlagen – Drogenentzug, Depression, Suizidversuche, psychiatrische Klinik, Fehlbehandlung mit Elektroschocks. Hinter ihr lag ein Leben im Rausch. Als Tochter aus reichem Hause – der Vater war ein vermögender Seidenindustrieller – standen ihr alle Möglichkeiten zur Selbstentfaltung offen. Und sie nutzte sie. Im legendären Ford Cabrio fuhr sie in den 1930er Jahren über Istanbul und Teheran nach Afghanistan. Ein Wahnsinn für eine junge Frau – damals. Im Gepäck hatte sie die Rolleflex. Auch auf ihren Reisen nach Moskau, Nordafrika, Persien, Belgisch-Kongo oder in die USA hielt sie den Finger stets am Auslöser.

So entstand ein Riesenwerk von 7000 Fotos. Rund die Hälfte davon hat das Schweizerische Literaturarchiv kürzlich ins Netz gestellt. Wer sich durchklickt, geht auf eine Zeitreise, die kaum mehr enden will. So sah es damals aus auf der Welt. Faszinierend.

Den Finger stets am Auslöser ihrer Rolleflex.

Noch faszinierender ist nur die Schöpferin Schwarzenbach selbst. Eine eigenwillige Person, androgyn zwischen Frau und Mann, lesbisch, unglücklich verliebt, morphiumsüchtig, schriftstellerisch begabt. Und ständig auf der Flucht vor ihrer nazifreudlichen Mutter. Deren Vater war der ebenfalls nazifreudliche General Ulrich Wille, der 1918 im Landesstreik Maschinengewehre gegen die Arbeiter hatte auffahren lassen.

RUHELOS. Als Rebellin gegen das braun angehauchte Elternhaus verkehrte Schwarzenbach im antifaschistischen Milieu. Die Deutschen Klaus und Erika Mann zählten zu ih-



SELBSTPORTRAIT: Annemarie Schwarzenbach in den 1930er Jahren.

ren engsten Freunden. Merkwürdig aber, dass sich Schwarzenbach ausgezeichnet von Uniformen begeistert liess. Sie fotografierte Nazis mit Hakenkreuzbinden in Salzburg, blonde Mädchen mit Zöpfen vom Bund deutscher Mädels in Danzig, aber auch Matrosen und schwedische Pfadfinder in Shorts. Auch ihre exzentrischen Freundinnen mit Kurzhaarschnitt, Hosenanzug und Zigarette erscheinen modisch uniformiert. Womöglich sehnte sich Schwarzenbach nach einer wärmenden Gemeinschaft Gleichgesinnter. Die sie jedoch auf ihren ruhelosen Touren durch die Welt nie fand.

FOTOREISE. Der umfangreiche Fototonachlass von Annemarie Schwarzenbach lässt sich heute bequem zu Hause am Bildschirm bestaunen. Da sind die majestatischen Weiten Vorderasiens, spielende Kinder im kongolesischen Dorf, marschierende Faschisten in Österreich, arbeitslose Bützer, die auf einen Job warten, verarmte Schwarze im Süden der USA oder die reichen Freunde beim Schneespaziergang im Engadin. Es ist das Panoptikum einer Welt, die schon vor achtzig Jahren so schön wie grausam, so vielfältig wie ungleich war. rebrand.ly/Schwarzenbach

workxl der wirtschaft

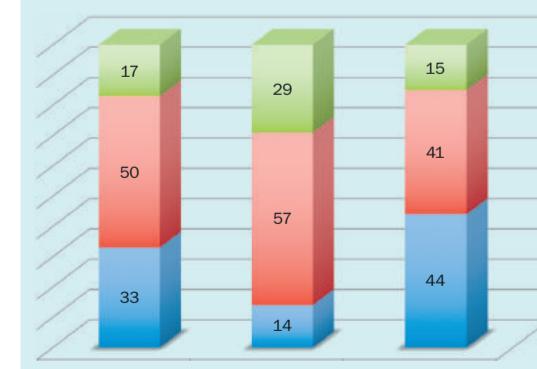
Hans Baumann



CHANCEGLEICHHEIT: SCHWEIZ SCHNEIDET SCHLECHT AB

Geringe Aufstiegsmöglichkeiten

Bildungschancen der Kinder von Eltern aus der ersten Bildungsstufe in %



Lesebeispiel: In der Schweiz bleiben 33% aller Kinder von Eltern der ersten Bildungsstufe in dieser Stufe, 50% steigen in die zweite Stufe auf (Berufslehre), 17% in die dritte Stufe (Hochschule).

Die Einkommen und vor allem die Vermögen sind in der Schweiz ungleicher verteilt als in anderen Ländern. Das wäre halb so schlimm, könnte man sagen, wenn alle im Laufe ihres Lebens die gleiche Chance hätten, auch einmal zu den Reicherchen zu gehören. Oder wenn wenigstens in der nächsten Generation alle die gleichen Chancen hätten aufzusteigen.

VERERBT CHANCEN. In ihrer Studie zeigen Reto Föllmi und Isabel Martinez*, dass wir davon weit entfernt sind. Bei der sogenannten sozialen Mobilität schneidet die Schweiz schlecht ab. Wenn die Eltern zu den untersten 10 oder 20 Prozent in der Einkommenspyramide gehören, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass auch ihre Kinder dort verharren. Das gleiche gilt auch für das reichste

* Isabel Martinez ist seit 2017 Ökonomin beim SGB.

Prozent der Bevölkerung, das seine soziale Stellung meist auf die Kinder vererbt. In den USA ist die Chance auf einen Aufstieg ähnlich gering wie in der Schweiz. Dies hat vor allem mit den ungleichen Bildungschancen zu tun. Kinder von Eltern aus der 1. Bildungsstufe (ohne Berufsbildung) haben in der Schweiz nur eine geringe Chance, eine tertiäre Bildung (mit Hochschulabschluss) zu absolvieren und damit auch in eine hohe Einkommensstufe zu gelangen. Andere europäische Länder, insbesondere die nordischen, schneiden hier weit besser ab. In der Schweiz verharren 33 Prozent der Kinder von Eltern der 1. Bildungsstufe in dieser Stufe, in Schweden nur 14 Prozent. Nur 17 Prozent können in der Schweiz von dort in die dritte Stufe aufsteigen, in Schweden sind es 29 Prozent. Immerhin die Hälfte der Kinder kann hierzulande eine Berufslehre machen, die ja auch einen gewissen Aufstieg in der Lohnskala bedeutet.

Die Ungleichheit bei den Bildungschancen hat in der Schweiz auch mit dem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund zu tun. Ihre soziale und vor allem auch sprachliche Benachteiligung könnte durch

eine bessere und bezahlbare Kinderbetreuung, Tagesschulen und Förderprogramme vermieden werden. Aber hier fehlt oft der politische Wille.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Darum ist die Suva eine ganz besondere Versicherung Wunder wird hundert

Sie muss keine Profite machen und ist nicht privatwirtschaftlich organisiert. Deshalb ist die Suva der Versicherungslobby ein Dorn im Auge. Seit 1918.

CHRISTIAN EGG

Der Historiker Hans Ulrich Jost sagt es so: «Es ist das reinste Wunder, dass es den Rechten bisher nicht gelungen ist, die Suva zu privatisieren.» Bisher, das heisst seit ihrer Gründung im Jahr 1918. «Eine Pioniertat» unserer Vorfahren sei das gewesen, sagt Nico Lutz. Der Unia-Bauchef ist Arbeitnehmervertreter im Suva-Rat und stellt klar: «Wenn es die Suva nicht gäbe, müsste man sie erfinden.»

URSCHWEIZER PRINZIP

Die Suva ist nicht irgendeine Versicherung. Sie muss keine Profite machen. Jeder Franken, den sie einnimmt, geht in Form von tiefen Prämien oder Unfallprävention wieder an die Versicherten zurück. Und sie funktioniert nach dem Prinzip der ge-

nossenschaftlichen Selbstverwaltung: Im Suva-Rat sitzen Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner und des Bundes. Ein Erfolgsmodell und «ein urschweizerisches Prinzip», nennt es Franz Steinegger.

EX-SUVA-PRÄSIDENT FRANZ STEINEGGER

STEINEGGER Der Urner FDP-Politiker war 22 Jahre lang Suva-Präsident, nämlich von 1991 bis 2013. Und er hat die Versicherung immer mit Haut und Haaren verteidigt. Warum, verriet er 2008 im work-Interview: «Ich bin ein Freund des Wettbewerbs. Aber in den Sozialversicherungen funktioniert das nicht.»

Das sah und sieht die profitgetriebene Versicherungslobby anders. Von Anfang an war ihr die Suva ein Dorn im Auge. 1912 stimmte die Schweiz über die Einrichtung der Suva ab. Alle Parteien waren dafür, aber die Privatversicherer liefen Sturm gegen die «Monopolanstalt». Sie wollten weiterhin das Geschäft mit den Unfällen machen. Allen voran die «Zürich»-Versicherung, sagt Historiker Stefan Ragaz. Er hat im Auftrag der Suva ihre Geschichte aufgearbeitet. Ragaz: «Der Generaldirektor der «Zürich», Fritz August Meyer, kämpfte an vorderster Front gegen die Vorlage. Er und seine Mitarbeiter koordinierten die Unterschriftensammlung für das Referendum.»

UNSERE SUVA

Meyers Männer hatten aber keinen Erfolg. Es gab damals nämlich noch weitsichtige freisinnige Politiker, die sich für eine staatliche Versicherung einsetzten. Zum Beispiel der Basler FDP-Nationalrat Wilhelm Klein. Schon 1885, als es um den Verfassungsartikel für die Suva ging, sagte er, die Privatversicherer seien «für die Arbeiter so viel wie nichts wert: ihr Feldgeschrei ist der Gewinn, ihre Parole die Schikane, und da kommt der Arbeiter selten oder nie zu seinem Recht». Und sein Zürcher Parteikollege doppelte in einer «Denkschrift» an den Bundesrat nach. Mit einer staatlichen Versicherung werde es möglich, «dem Privatkapital die hässliche Spekulation auf das Unglück der Arbeitskraft zu entziehen». Das Gesetz wurde knapp angenommen.



ACHTUNG GEFAHR: Die Suva warnt seit hundert Jahren. FOTO: SUVA-KAMPAGNE VON 2015

suva Pro
Sicher arbeiten

Sechs Jahre später nahm die Suva ihren Betrieb auf. Heute profitieren zwei Millionen Versicherte von den Leistungen der Suva, die eine Art Schweizer Kulturgut ist. Der Beweis: Wie sagt doch der Volksmund, wenn einer auf eine klapprige Leiter steigt? «Was würde die Suva dazu sagen?» Unsere Suva, das ist fast wie unsere Post. Beide gehören uns. Das ist genau, was die Privatisierer stört.

Im Zuge des Neoliberalismus starteten sie ihre Frontalangriffe auf das Sozialwerk erneut. 1994 forderte Walter Steinemann von der Freiheitspartei, die Suva zu privatisieren. Während der Nationalrat seine Motion noch ablehnte, kam der nächste Coup von ganz oben: SVP-Führer Christoph Blocher, damals noch Bundesrat, nahm Steinemanns Forderung 2006 wieder auf, scheiterte aber im Gesamt-

bundesrat. Fünf Jahre später kam es knüppeldick: In der Revision des Unfallversicherungsgesetzes diktierte die Versicherungslobby der Kommission des Nationalrats eine Vorlage, die die Suva massiv versteuert, verschlechtert und teilweise privatisiert hätte.

Doch die Sozialpartner wehrten sich. In einer denkwürdigen Medienkonferenz sprachen sich der oberste Gewerkschafter, Paul Rechsteiner, und Unia-Co-Präsident Andreas Rieger gemeinsam mit dem Gewerblerchef Hans-Ulrich Bigler und Baumeisterpräsident Werner Messmer gegen diese Zerschlagung aus. Mit Erfolg: Das Parlament wies das Gesetz zurück. Es folgte eine Revision, welche die Leistungen der Suva kaum antastete. Sie trat letztes Jahr in Kraft. Das Suva-Wunder kann weitergehen.

Staublunge, Mattmark, Asbest: Und mittendrin die Suva

Die Geschichte der Suva ist auch eine Geschichte der grossen Schweizer Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Um Grundlagen für die Versicherung zu haben, liess der Bund um 1890 sämtliche Berufsunfälle zählen – so ist die Suva auch die Mutter der Unfallstatistik der Schweiz. Die Zahlen waren erschreckend: 1020 Menschen starben jährlich bei oder nach Betriebsunfällen. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten waren das 25 Mal mehr als heute. Die Arbeit in den Fabriken war lebensgefährlich. Wer nach einem Unfall arbeitsunfähig wurde, kam bis zur Gründung der Suva in existentielle Nöte.



MATTMARK: Aufräumen nach der grossen Katastrophe. FOTO: KEY

Schlimmste Berufskrankheit im 20. Jahrhundert war die Staublunge. Sie entstand, weil Arbeiter im Tunnelbau oder beim Sandstrahlen Quarzstaub einatmeten mussten. Lange gab es keine Therapie. In den vierziger Jah-

ren starben durchschnittlich zwei Arbeiter pro Woche an den Folgen. Nur langsam konnte die Suva durchsetzen, dass die Betriebe den Staub absaugen oder mit Wasser binden.

ABSTÜRZE. Ein eigentliches Katastrophenjahrzehnt waren die sechziger Jahre. Es begann mit zwei Flugzeugabstürzen 1960 und 1963. Der zweite traf das Dorf Humlikon ZH: 43 der 74 getöteten Passagiere stammten von dort. Auf einen Schlag verlor das Dorf fast einen Fünftel der Bevölkerung. 39 Kinder wurden zu Vollwaisen.

MATTMARK. Im Jahre 1965 bricht oberhalb der Baustelle für den Mattmark-Staudamm im Wallis der Allalinglet-

scher ab und begräbt das Barackendorf der Arbeiter unter sich. Es stand in der seit langem bekannten Gefahrenzone. 88 Menschen sterben, darunter 56 Arbeiter aus Italien.

17 Personen wurden angeklagt, darunter zwei Suva-Vertreter. Das Gericht sprach sie 1972 frei, die Gewerkschaften protestierten.

ASBEST. Eine eher schwierige Rolle spielte die Suva im Asbestskandal. Lungenarzt Karl Klingler warf der Suva sogar «fahrlässiges Vorgehen» vor. Sie halte Daten unter Verschluss und anerkenne Asbestschäden nur dann als Berufskrankheiten, wenn der Arzt oder der Patient sehr hartnäckig seien. (che)

Steuervorlage 17 Neue Vorlage sieht alt aus

Die Steuervorlage 17 riecht schon bei der Präsentation ziemlich abgestanden.

CLEMENS STUDER

Am 12. Februar 2017 sagten 59,1 Prozent der Stimmenden Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III). Das war ein trockener Aufwärtshaken des Volks für Bundesrat, rechte Parteien und Wirtschaftsverbände. Sie alle hatten für das Milliarden-Steuergeschenk an Konzerne und ausländische Grossaktionäre gewiebelt.

Am 21. März hat Finanzminister Ueli Maurer (SVP) nun die Botschaft zur «Steuervorlage 17» veröffentlicht. Unbestritten ist

USR III²



Schon wieder: Milliardengeschenke an Konzerne und Grossaktionäre.

einzig, dass die Schweiz die Privilegierung sogenannter Statusgesellschaften abschaffen muss, um nicht in einen neuen Steuerstreit mit dem Rest der Welt zu geraten. Mit diesen Statusgesellschaften ermöglicht es die Schweiz international tätigen Konzernen, im Ausland erwirtschaftete Gewinne in der Schweiz anfallen zu lassen und hier von niedrigen Sätzen zu profitieren. Dieses Steuerdumping ist international geächtet. Statt jedoch diese Privilegien zu streichen, sollen die Steuersätze für alle Unternehmen massiv gesenkt werden. Das bringt Milliarden Steuerausfälle.

Unverdrossen rechnet der Bundesrat diese Ausfälle schön. Dazu dient ihm dieses Mal eine Studie, die Maurer vorsichtshalber gleich im eigenen Haus hat verfertigen lassen. SGB-Chefökonom Daniel Lampart listet ihre grössten Mängel, Widersprüche und Fehlannahmen hier auf: rebrand.ly/widerlegt.

REFERENDUM DROHT

Als soziale Kompensation für die Milliardengeschenke an die Unternehmen schlägt Maurer eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen von 30 Franken vor. Und die «Abschaffung der Heiratsstrafe».

Letztere ist eine fixe Idee der CVP. Und ein Luxusproblem sehr gut verdienender Ehepaare: Von den 1,1 Millionen Ehepaaren im Erwerbsleben sind gerade mal 80 000 Bestverdienende steuerlich benachteiligt. 370 000 Paare profitieren dagegen von einem Heiratsbonus – für die übrigen 60 Prozent spielt das Thema kaum eine Rolle.

Fazit: Auch wenn die USR III jetzt Steuerreform 17 heisst, bleibt sie in der aktuellen Form ein gigantisches Umverteilungsprogramm zugunsten von grossen Konzernen, Superreichen und ausländischen Aktionären. Die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen ist mickrig. Die «Abschaffung der Heiratsstrafe» ist keine soziale Kompensation, sondern ein zusätzliches Steuergeschenk an Reiche. Ohne massive Nachbesserungen ist das Referendum programmiert.



Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Ferienjob: Muss ich AHV-Beiträge bezahlen?

Ich werde im Juni 18 Jahre alt und besuche das Gymnasium. Während der Frühlingsferien werde ich wie üblich in einem Einkaufszentrum arbeiten. Nun hat mir meine Chefin gesagt, dass diesmal AHV-Beiträge vom Lohn abgezogen werden, obwohl ich noch Schülerin bin. Ist das korrekt? Im September 2018 werde ich mein Studium beginnen. Wie ist es, wenn ich während der Semesterferien arbeiten gehe? Muss ich dann auch AHV-Beiträge zahlen?

PHILIP THOMAS: Ja, Sie müssen in beiden Fällen AHV-Beiträge bezahlen. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die Invalidenversicherung (IV) und die Erwerbsersatzordnung (EO) sind obligatorische Sozialversicherungen. Alle in der Schweiz wohnenden



SPAREN FÜR DAS ALTER: Ab dem vollendeten 17. Altersjahr müssen alle AHV-Beiträge bezahlen. FOTO: FOTOLIA

oder erwerbstätigen Personen sind versichert und müssen Beiträge bezahlen. Erwerbstätige müssen ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Lebensjahrs AHV-Beiträge bezahlen, bis sie das ordentliche Rentenalter erreicht haben. Da Sie bereits im letzten Jahr 17 wurden, wird Ihnen seit dem 1. Januar 2018 von jedem Lohn der AHV-Beitrag abgezogen. Die Höhe des Einkommens und die Dauer der Anstellung spielen dabei keine Rolle. Als Studentin müssen Sie dann ab dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Lebensjahrs den AHV-Mindestbeitrag bezahlen. Dieser beträgt zurzeit 478 Franken pro Jahr. Wenn Sie also während des Studiums arbeiten, aber weniger als 478 Franken an AHV-Beiträgen leisten können, müssen Sie die Differenz zum Mindestbetrag noch separat einzahlen. Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 25. Altersjahrs müssen Studierende, die nicht oder nur sehr wenig arbeiten, nicht mehr den Mindestbeitrag bezahlen, sondern die Beiträge werden aufgrund Ihres Vermögens und Einkommens berechnet. Es ist wichtig, die AHV-Beiträge lückenlos zu bezahlen, damit Sie später keine Renteneinbusse haben.

Unbezahlter Urlaub: Erhalte ich Familienzulagen?

Ich beziehe in diesem Jahr vier Monate unbezahlten Urlaub, und zwar vom 15. April bis am 15. August. Danach werde ich wieder in derselben Firma arbeiten. Erhalte ich während des unbezahlten Urlaubs trotzdem Familienzulagen?

PHILIP THOMAS: Ja. Bei einem unbezahlten Urlaub werden die Familienzulagen noch während des laufenden und der drei folgenden Monate bezahlt. Der Anspruch auf die Zulagen nach dem Ende des unbezahlten Urlaubs beginnt am Monatsanfang. Sie erhalten demnach für die Monate April bis Ende Juli 2018 weiterhin Familienzulagen. Der erneute Anspruch beginnt am 1. August 2018. Somit erhalten Sie die Zulagen ohne Unterbruch.

Bewerbungsgespräch: Souverän dank guter Vorbereitung

Keine Angst vor kritischen

Bewerbungsgespräche müssen kein Stress sein. work sagt, wie Sie sich darauf vorbereiten können. Und welche Fragen Sie nicht beantworten müssen.

SINA BÜHLER

Das Gespräch verlief harzig. Zuerst schaute Herr Würmli so skeptisch auf Susanne Königs Diplome, dass sie selber fast schon an deren Gültigkeit zweifelte. Dann versuchte er herauszufinden, warum ihr Lebenslauf im Jahr 2001 eine Lücke aufweise – die Lücke bestand aus exakt vier Wochen. Nach dem Lernstress bei ihrem Lehrabschluss hatte sie Ferien genommen. Dann erkundigte er sich, was sie bei der Mindestlohninitiative abgestimmt habe. Und zuletzt kam die Frage, ob sie sich Kinder wünsche. Susanne König ging sehr verunsichert aus dem Gespräch. Zu Recht: Einige dieser Fragen sind nicht erlaubt (mehr dazu rechts: «So nicht!»). Und auf die übrigen hätte sie sich vorbereiten können.

Wie bereiten Sie sich vor?

Sie sollten sich schon einige Tage vor dem Bewerbungsgespräch damit beschäftigen. Denn: Je besser Sie vorbereitet sind, umso entspannter werden Sie auf die Fragen der zukünftigen Vorgesetzten oder Personalchefs reagieren. Und überlegen Sie sich, warum Sie den Job überhaupt wollen.

Recherche

Recherchieren Sie über den Betrieb, so viel Sie können. Schauen Sie sich die Website an. Was stellt die Firma her? Wofür ist sie bekannt? Bereiten Sie auch eigene Fragen vor. Damit signalisieren Sie Interesse. Fragen Sie beispielsweise nach Ihrem Pflichtenheft, nach den Arbeitszeiten oder wie sich Ihre Einarbeitung gestalten werde. Sie können Ihre Interviewpartner auch darum bitten, Ihren künftigen Arbeitsplatz zu sehen.

Lebenslauf

Ihr Lebenslauf sagt zwar vieles über Ihre berufliche Erfahrung aus. Aber nicht alles: Überlegen



WORKTIPP

HIER FINDEN SIE UNTERSTÜTZUNG

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) bietet in den Regionen sogenannte Jobcoachings an. Expertinnen und Experten überprüfen beispielsweise Ihr Bewerbungsdossier oder Ihre Arbeitszeugnisse, trainieren mit Ihnen die Kommunikation und geben allgemein eine Orientierungshilfe auf dem Arbeitsmarkt. Praktisch ist auch der SAH-Bewerbungsfahrplan. Die Adressen finden Sie auf sah.ch.

Sie sich, was Sie an Ihren letzten Stellen besonders gut gemacht oder was Sie dabei gelernt haben. Und wie Sie diese Erfahrungen einbringen können.

Jahreszahlen

Bevor Sie Ihr Bewerbungsdossier einreichen, sollten Sie die Monatsangaben und Jahreszahlen in Ihrem Lebenslauf mit den Daten auf Ihren Arbeitszeugnissen oder Diplomen vergleichen.

Lücken

Wollen Sie in Ihrem Lebenslauf Lücken in Ihrem Werdegang verstehen?

PRÜFENDER BLICK: Nicht alle Fragen müssen Sie im Bewerbungsgespräch beantworten,

cken? Vertrauen Sie nicht darauf, dass diese unentdeckt bleiben. Die Personalchefs kennen fast alle Tricks. Sprechen Sie diese Lücken deshalb selber an und erklären Sie: Sie haben eine Babypause oder eine Weltreise gemacht; Sie waren

Sprachaufenthalt ausgeben, aber kein Wort Englisch verstehen.

Eigenschaften

Die Aufforderung kommt garantiert: «Nennen Sie drei negative Eigenschaften!» Eine Antwort darauf ist nicht einfach, schliesslich möchten Sie gut und nicht schlecht dastehen. Sie müssen deshalb einen Mittelweg finden zwischen Ehrlichkeit und Eigenwerbung. Nennen Sie eine Schwäche, die für die betreffende Stelle kein Problem ist. Und betonen Sie auch, dass Sie an dieser Schwäche arbeiten. Und übrigens: Mit «Perfektionismus» oder «Ungeduld» zu antworten ist eine schlechte Idee. Das hören die Personalverantwortlichen andauernd.



BILLIG, ABER BEDENKLICH: Palmöl ist das Schmiermittel der Lebensmittel- und der Kosmetik-industrie. FOTO: ISTOCK

So erkennen Sie es im Laden Palmöl schadet

Ohne Palmöl geht fast nichts mehr. Aber es ist ungesund, und die Produktion zerstört die Umwelt. Eine App hilft, Palmöl zu vermeiden.

SINA BÜHLER

In Margarine, Schokolade, Fertigpizza, aber auch in Waschmitteln, Kosmetika und Biobrotstoff – fast überall steckt Palmöl drin. Die Tierschutz- und Umweltorganisationen WWF und Greenpeace vermuten, dass heute die Hälfte aller Supermarktprodukte Palmöl enthalten.

WUNDERMITTEL: Es ist das einzige Pflanzenfett, das bei Zimmertemperatur fest bleibt, und es macht Produkte – wie beispielsweise Brotaufstriche –

streiffähig. Das Öl ist hitzestabil und lange haltbar. Kein Wunder, steigt der weltweite Konsum.

GEFÄHRLICHER STOFF: Das Öl wird aus den Früchten der Ölpalme gewonnen und ist im Vergleich zu anderen Fetten spottbillig. Denn Palmölplantagen benötigen viel weniger Platz als andere Ölleeranteren, und gleichzeitig ist der Ertrag viel höher. Nur: Täglich gehen so Tausende Hektaren Tropenwälder verloren, meist durch Brandrodung, die schädlichste aller Methoden. Tiere und Menschen verlieren ihren Lebensraum, soziale Konflikte, gewalttätige Auseinandersetzungen und Zwangsarbeit sind oft die Folge. Außerdem warnen Expertinnen und Experten, bei-

Fragen



und auch Notlügen sind manchmal erlaubt. FOTO: MERYL STREEP IN «THE DEVIL WEARS PRADA»/KEYSTONE

Und wenn Sie nach Ihren Stärken gefragt werden, sollten Sie Ihre guten Eigenschaften nicht nur aufzählen, Sie sollten sie auch beweisen. Erzählen Sie ein Beispiel aus Ihrem bisherigen Arbeitsleben, damit klar ist, was Sie damit meinen.

Lohnvorstellung

Obwohl bei den meisten Stellen von Anfang an klar ist, wie viel Sie verdienen werden, kommt die Frage nach Ihren Lohnvorstellungen bestimmt. Deswegen sollten Sie sich über das Lohnniveau in der Branche gut informieren. Gibt es einen Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen? Das finden Sie auf [gav-service.ch](#) heraus. Zusätzlich sollten Sie auf dem Lohnrechner des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nachsehen: [lohnrechner.ch](#).

Fragen Sie auch bei Arbeitskolleginnen und -kollegen oder im Unia-Sekretariat nach.

Im Bewerbungsgespräch sollten Sie sich auch nach zusätzlichen Leistungen erkundigen: Gibt es einen 13. Monatslohn? Zusätzliche Sozialleistungen, Ferien und Weiterbildungsmöglichkeiten?

Aufmerksamkeit

Ganz wichtig ist auch Folgendes: Seien Sie aufmerksam, wach und interessiert. Das bedeutet auch, dass Sie genau zuhören. Beantworten Sie die Fragen präzis und schweifen Sie nicht unnötig ab. Und wenn Sie eine Frage nicht verstanden haben, haken Sie einfach nach.

VERBOTENE FRAGEN SO NICHT!

Es gibt Dinge, die Ihren Chef oder Ihre Chefin nichts angehen: nämlich alles, was mit Ihrer Privatsphäre zu tun hat. Deswegen müssen Sie auf folgende Fragen nicht antworten:

- Fragen nach Ihrer politischen Orientierung oder Gewerkschaftszugehörigkeit, der Mitgliedschaft in einem Verein oder Ihrem Abstimmungsverhalten gehen die Arbeitgeber nichts an.
- Ob Sie Christin, Muslim, in einer Freikirche sind oder gar keinen Glauben haben: Fragen zu Ihrer Religionszugehörigkeit sind verboten.
- Für Ihre Familiensituation gilt dasselbe. Sie können lesbisch, schwul oder mit einer viel älteren Frau verheiratet sein, an Ihrer Eignung für eine Stelle ändert dies nichts.
- Ob Sie in Zukunft Kinder wollen oder gerade schwanger sind, die Chefs geht das nichts an. Mit einer Ausnahme: Wenn Sie sich um eine Stelle bewerben, bei der Sie als Schwangere körperlich gefährdet sein könnten – beispielsweise, weil Sie mit Giftstoffen arbeiten müssten –, so ist die Frage erlaubt.
- Ihre Gesundheit ist ebenfalls Privatsache. Ausser, Sie haben bestimmte gesundheitliche Probleme, die sich auf die Arbeit auswirken könnten.

● Auch die Frage nach Vorschriften ist verboten. Es sei denn, sie stünden mit Ihrem Beruf in Zusammenhang. Wenn Sie also mit Geld zu tun haben werden, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob Sie schon wegen Vermögensdelikten vor Gericht gestanden hätten. Was tun, wenn obige Fragen trotzdem gestellt werden? Dann können Sie ausweichen, indem Sie sagen: «Das möchte ich nicht beantworten.» In bestimmten Fällen – beispielsweise bei der Frage, ob Sie schwanger seien – sind aber auch Notlügen erlaubt. (sib)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GLOBAL VERNETZT: Salt, Ortel und Talk-Talk sind die billigsten Anbieter für Anrufe in die USA.

FOTO: FOTOLIA

Für Anrufe ins Ausland ist Swisscom am teuersten

Wer mit dem Prepaid-Handy oft ins Ausland telefoniert, kann viel Geld sparen. Das zeigt ein Vergleich der Tarife für Deutschland und die USA.

Ins deutsche Festnetz telefonieren Sie am günstigsten mit M-Budget, Salt und Talk-Talk. Eine Minute kostet 3 Rappen. Ins deutsche Mobilnetz sind die Unterschiede nicht so gross: Anrufe kosten bei den meisten Anbietern zwischen 20 und 30 Rappen. Nur Swisscom ist teurer: Sie verlangt pro Minute Fr. 1.10, sowohl ins Fest- als auch ins Mobilnetz. Bei Anrufen in die USA punkten Salt, Ortel und Talk-Talk mit 3 Rappen pro Minute. Alle anderen Telekomunternehmen sind deutlich teurer. Am teuersten ist wieder Swisscom mit Fr. 1.10.

Sparen Sie sich spezielle Auslandoptionen: Sie bringen meist nichts.

AUFGE PASST. Beim Anbieter Ortel müssen Sie vorsichtig sein: Ein Anruf ins deutsche Festnetz scheint auf den ersten Blick gratis zu sein, ins Mobilnetz sehr günstig. Bei jedem Anruf wird aber eine Gebühr von 29 Rappen fällig. Nur wer lange telefoniert, kann bei Ortel Geld sparen. Kurze Anrufe sind bei M-Budget, Salt oder Talk-Talk günstiger. Spezielle Auslandoptionen bringen meist nichts. Zum Beispiel «Euro-Call» von Aldi-Mobile für Fr. 5.90: Zwar sind 100 Minuten in EU-Ländern inbegriffen. Für etwa gleich viel Geld telefonieren Sie aber bei den günstigen Anbietern 200 Minuten zum Beispiel ins deutsche Festnetz. MARC MAIR-NOACK

Mensch und Umwelt

spielsweise die Europäische Behörde für Lebensmittel Sicherheit, vor den Gesundheitsrisiken für Menschen: Palmöl könnte Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen und Diabetes hervorrufen.

Was aber können wir tun, wenn das Produkt doch überall steckt? Seit 2014 gilt in der EU, seit 2016 auch in der Schweiz: Die Hersteller müssen Palmöl

Palmöl erhöht das Risiko für Diabetes oder Krebs.

in ihren Produkten kennzeichnen. Diese Pflicht gilt aber nur für Lebensmittel. Enthalten Sie Palmöl, steht dort meist «pflanzliches Öl (Palmöl)». In Kosmetika versteckt sich der Hinweis meist in den chemischen Ein-

zelnamen. Am einfachsten zu erkennen sind noch die Wortkombinationen mit «Palm», zum Beispiel «Palmitinsäure». Hinweise sind auch Bezeichnungen wie «Sodium Lauryl Sulfoacetate», «Cetyl Palmitate», «Stearinsäure» oder «Pflanzenöl». Auch alle folgenden Kombinationen können (müssen aber nicht) Palmöl enthalten: «capr-, cet-, cetearyl-, cetyl-, coc-, coco-, glycer-, laur-, linol-, myrist-, ole-, stear-». Eine ausführliche Liste finden Sie unter [rebrand.ly/deklarationen](#).

ERKENNUNGS-APP. Mit der kostenlosen Codecheck-App machen Sie es sich etwas einfacher: Indem Sie über den Strichcode scannen, kommen Sie an eine Liste aller Inhaltsstoffe von Produkten. Außerdem finden Sie

auf der Website eine Fülle von palmölfreien Alternativen.

Inzwischen werben Detailisten und Lebensmittelproduzenten mit einem Label für besseres Palmöl: Es heisst RSPO, «Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl». Die Organisation mit Sitz in Zürich versucht, den nachhaltigen Anbau zu fördern. Ob diese Ziele erreicht werden, ist sehr umstritten. Mehr als 250 Organisationen kritisieren das Label als «Greenwashing», sprich als fälschlich beworbene Umweltbewusstsein – eine beliebte PR-Methode. So haben Anfang dieses Jahres mehrere indonesische Organisationen eine Beschwerde beim Schweizer Staatsekretariat für Wirtschaft (Seco) eingereicht, weil einzelne RSPO-Mitglieder Landraub betreiben würden.

APP

SCANNEN SIE PALMÖL

Wollen Sie Palmöl im Laden schnell erkennen? Mit der Codecheck-App scannen Sie den Strichcode und erhalten viele Infos zu den Inhaltsstoffen von Produkten. Die Datenbank enthält inzwischen mehr als 40 Millionen Produkte. Die App gibt es im Store von Google und Apple oder unter [codecheck.info](#). Eine Liste von palmölfreien Produkten finden Sie außerdem hier: [rebrand.ly/palmoelfrei](#).

Altersvorsorge und Digitalisierung Gut gerüstet in die Zukunft

Arbeitswelt und Altersvorsorge sind im Umbruch. Bei Movendo diskutieren Sie mit.

Die Kurse des Bildungsinstituts der Gewerkschaften, Movendo, sind immer gut ausgebucht. Ab und zu dürfen wir trotzdem ein paar freie Plätze bewerben: «Altersvorsorge auf drei Säulen: Zukunftsperspektiven» am 28. und 29. Mai 2018 in Sigriswil BE. Den Kurs leiten zwei prominente Fachleute: Sozialversicherungsexpertin und Alt-Nationalrätrin Christine Goll und Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Sie geben Antworten auf Fragen zur Finanzierung, zu den Leistungen

und zu den politischen Diskussionen rund um die Altersvorsorge.

Movendo organisiert ausserdem eine Tagung zu einer der am heissensten diskutierten Fragen der Arbeitswelt: zur Digitalisierung. Die Gewerkschaften fordern vor allem eine Verbesserung der Weiterbildung. Die Tagung findet am 28. Juni 2018 in Freiburg statt. Unter den Referentinnen und Referenten sind Unia-Präsidentin Vania Alleva, SGB-Präsident Paul Rechsteiner und Joëlle Racine, die Unia-Verantwortliche für Bildungspolitik. (sib)

Alle Movendo-Kurse gibt es unter [movendo.ch](#)
Zur Tagung:
[rebrand.ly/digitalisierung](#)

workrätsel



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 5
Das Lösungswort lautete: BUERGERRECHT



DEN PREIS, ein Abonnement der Konsumentenzeitschrift K-Tipp, hat gewonnen: Peter Toggweiler, Winterthur. Herzlichen Glückwunsch!

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!

Strauch/ Baum m. Dornen	work über solche Vorschriften	▼	Editorial über den roten ...	▼	das Buch der Christen	Endo an Jenen Ueli	▼	Klebstoff	es ist auch ein Essen	▼	Wanne m. Wasser	▼	▼	Geist, Scharfsinn	eine wie die Maria	▼	kurzer Sonnen- untergang	weibl. Vorname
►	▼				12	Andentiere	►							dort gibt's erste Lohn- gleichh.- initiative	►			
Autokenn- zeichen v. Sursee			junges Schaf		Strasse, in der Romandie	►			kleiner europ. Staat		Dienst- plan, Abk.	►		den After betreffend		engl.: tief	S. ega. = Staat in Westafrika	
►				▼			lange, schmale Vertiefung	►				8	rote Rüben hier- zulande	►		▼		
darauf essen wir		chem. Zeichen f. Aluminium	►		Internet- adresse v. Guinea	dem Strauss ähnlicher Vogel			dampfen, wie Briten sagen	das macht man mit Liedern				10			Frucht, die man knacken muss	
Kirche mit heraus- ragender Bedeutung		1	geäusserte Meinung	▼	häubischer Ort am Genfersee (Festival)		sechzehn in röm. Ziffern	►			genussvoll essen							
Autokenn- zeichen v. Düdingen		Thomas, war wichti- ger dt. Autor	►			weibl. Vorname	►	7		der Metall- gewerbsch. in work über GroKo	►	Luftrein- halteplan, kurz gesagt	►			Vogel, liebt die Nacht		
►		Politiker über die der Nation	steh für englische Sprache		der Katz- man, Musiker (CH)		Einfuhr	►					toll, gross- artig		Anord- nungen	13		
franz. Lied	Ziegler über Kinder, die dort sterben	►				2	Top-Level- Domain v. Belgien	►		griech. Wein (mit z statt ts)	►	Würfel	►					
►							haben Schüler jetzt	Vorläufer der EU		engl.: Schiene	►			er, in Spanien	►	sie lebt für Gott		
klein- wüchsige Frau	Produkt schöpfe- rischer Arbeit		ein Abhang		fliest durch München	berüch- tiger röm. Kaiser	►			9	in work: mein Chef macht mich dazu							
►				▼			Fluss in Afrika			europ. Schnellzug- gattung, abgekürzt		mit Roma wird es ein Fuss- ballclub	►		essen, sagen Amis	4	für Briten ist es ein Aal	
was Babies mögen	6	Nahrung aufnehmen (vom Wild)	►				kurz f. Deziliter		solche Genossen - typisch Schweiz			machen wir mit den Augen	►					
►					trocken, wüstenhaft			▼	Internet- adresse von China			machen Süchtige mit Drogen	►					
in work bessere ... dank Flan- kierenden				3					sehr bedürftig	►	5		CH-TV- Zeitschrift	►				

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 6.April 2018

INSEKT

Überstunden? Stress?

Informieren Sie sich über Ihre Rechte!

- Ihre Arbeitszeit wird nicht erfasst?
- Sie können Ihre Überzeit nicht kompensieren?
- Die ständige Erreichbarkeit belastet Ihr Privatleben?

Neue, «flexible» Arbeitsformen werden immer häufiger. Sie weichen die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit auf. Selber bestimmen, wann und wo man arbeitet – was sich attraktiv anhört, führt jedoch oft zu mehr Verpflichtungen, überlangen Arbeitstage und nicht erfassenen Überzeiten. Das gefährdet die Gesundheit der Angestellten.

**Kennen Sie Ihre Rechte?
Informieren Sie sich!**

service-arbeitszeit.ch
0848 240 240

Aktuelle Informationen zum Arbeitsgesetz:
www.unia.ch/arbeitsgesetz

Was ist Service Arbeitszeit?

Service Arbeitszeit ist eine effiziente und zuverlässige Informationsplattform. Ein kompetentes Team beantwortet rasch und direkt Ihre Fragen rund um die Arbeitszeit und deren Erfassung. Diese Dienstleistung der Gewerkschaft Unia ist für alle kostenlos.

Service Arbeitszeit bietet unter anderem Informationen zu:

- **Arbeitszeiterfassung:** die letztjährige Änderung der Verordnung zum Arbeitsgesetz und ihre Folgen
- **Zeitmanagement:** Überstunden, Überzeit, Minusstunden, Pausen und Ruhezeit

Unterstützung bei all Ihren Anliegen erhalten Sie entweder telefonisch über die **Hotline 0848 240 240** (Ortstarif) oder online unter www.service-arbeitszeit.ch.

UNIA

WORKLESERFOTO**Hundert Ostergrüsse**

WANN 19. März 2018
WO Büttikon AG
WAS Ostereierdosen
Eingesandt von Ruth Ingold, Büttikon AG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 5 / 16.3.2018:
«HILFE, MEIN CHEF MACHT
MICH ZUM AFFEN»

**Das sind doch
Hornochsen**

Chefs, die Mitarbeitende zum Affen machen, sind unter jeder Sau und Hornochsen.

MYRIAM ADLER, ST. GALLEN

**Alles für das
Marketing**

Manchmal fragt man sich als Konsument wirklich, was sich die Marketingabteilungen so alles einfallen lassen, was dann die Angestellten an der Front ausbaden müssen. Unser mittelgrosser

Quartierladen gehört seit etwa einem Jahr zu einer schweizweit bekannten Kette. In der letzten Weihnachtszeit trugen die Verkäuferinnen plötzlich alle so schreckliche amerikanische «Weihnachtsmann»-Mützen. Auf meine Frage nach dem Warum erhielt ich zur Antwort: «Das müssen alle Mitarbeitenden machen. Es soll die Kundinnen und Kunden in weihnachtliche Kaufstimmung versetzen.» Wohlgemerkt: Es ist ein Lebensmittelladen, der hauptsächlich Artikel des täglichen Bedarfs anbietet, kein Kostümverleih. Ich hatte Mitleid mit den Verkäuferinnen und habe mich etwas fremdgeschämt. Bis heute blieben den Angestellten und mir wenigstens Hasenohren erspart.

KURT HASLER, BASEL

WORK 5 / 16.3.2018:
INTERVIEW MIT IG-METALLER
HANS-JÜRGEN URBAN

**SPS macht es
besser**

Danke für die saubere Analyse und die klaren Worte von Hans-Jürgen Urban! Zum Glück hat sich die SP Schweiz intelligenter verhalten als die Sozialdemokraten zum Beispiel in Deutschland, Frankreich und Italien. Interessant ist, dass in den bürgerlichen Medien alle paar Wochen in salbungsvollen Worten der SP der Weg nach rechts empfohlen wird. Wohin das führt, sieht man in unseren Nachbarländern.

MAX GABETHULER, SOLOTHURN

**Kein Kuscheln
mit dem Kapital**

Leider hat es auch in der SP Schweiz Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die sogenannt «in die Mitte» wollen. Ob mit der Hoffnung auf bessere Wahlchancen oder aus Überzeugung, ist unklar. Klar dagegen ist: es ist ein Irrweg. Zwar mag sich der eine oder die andere einen Sitz sichern, aber der Partei als Ganzes würde es schaden. Deshalb tut die SP gut daran, diesen Rechtsabweichlern nicht zu viel Gehör zu schenken, das machen nämlich die Medien noch so gerne. Es ist eine alte Weisheit der Arbeiterbewegung: linke Politik bedeutet, gegen das Kapital kämpfen – nicht mit ihm kuscheln.

TONI BRACHER, ZÜRICH

**SPD auf Links
trimmen**

Das Interview mit Hans-Jürgen Urban hat mir sehr gefallen! Der Kollege von der IG Metall legt seinen Finger auf die wunden Punkte der SPD-Politik der vergangenen Jahrzehnte. Das war eben keine sozialdemokratische Politik mehr. Man hat sich auf den Irrweg der sogenannte Liberalisierung und Flexibilisierung begeben. Die Folgen für Hunderttausende Menschen in Deutschland sind fatal: prekäre Arbeitsverhältnisse, ein löchriger Sozialnetz, massiver Sozialabbau usw. Leider sieht es nicht danach aus, als hätte die SPD-Spitze wirklich begriffen, warum ihr die Wählerinnen und Wähler in Scharen davongelaufen sind und davonlaufen. Gut, wenn

die Gewerkschaften hier jetzt energisch Gegensteuer geben und die SPD an ihre Wurzeln erinnern und sie wieder auf den linken Weg bringen wollen.

ANDREA BOLLIGER, BERN

**WORK 3 / 16.2.2018: GRIMM –
DIRIGENT DES LANDESSTREIKS**

**Der grösste
Streik**

work schreibt, dass 1918 der einzige schweizerische Landesstreik mit ungefähr 250 000 Teilnehmenden stattgefunden habe. Syndicom bezeichnete ihn gar als den grössten Streik der Schweiz. Am Frauenstreik 1991 nahmen jedoch gegen eine halbe Million Menschen teil – in der grossen Mehrzahl natürlich Frauen! Er war damit der grösste Landesstreik, den es in der Schweiz je gab. Ich finde das ein ziemlich wichtiges Detail.

CHRISTOPH LIPS, PER MAIL

**WORK 5 / 16.3.2018:
«AUF ZUM STREIK, MUJERES!»**

**Mutmacher-
Zeitung**

work, die grösste Mutmacher-Zeitung der Schweiz! Beispiele:
• Seite 3: «Auf zum Streik, mujeres!» Wer den Sound zum Streiksong mitbekommen will: «A la huelga» googlen, dann kann frau mitsingen! Die wichtigste Zeile: «Jetzt wollen wir den ganzen Kuchen»
• Seite 4: Corrado Pardini «Neue Linke muss her! ...in der Schweiz!»
• Seite 2, Foto: Maude Rufi → kämpferisch und herzlich! Macht weiter so! Gut, dass es euch gibt.

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

WORKFRAGE VOM 16.3.2018**Was halten Sie
von der Unia-
Lohngleichheits-
initiative?****TRAGISCH**

Eigentlich ist es schon tragisch, dass mit solchen Mitteln für die Lohngleichheit gekämpft werden muss.

ADOLF REBER, FACEBOOK

HÖCHSTE ZEIT

Es ist schlicht ein Hohn, was die bürgerliche Parlamentsmehrheit in Sachen Lohngleichheit veranstaltet. Höchste Zeit, dass die nationale Lohngleichheitsinitiative kommt.

THERESE JÄGGI, BADEN AG

NÖTIG

Seit Jahrzehnten höre ich die gleichen faulen Ausreden der (leider nicht nur, aber vorwiegend) bürgerlichen Männer, warum es jetzt gerade nicht gehe oder so nicht gehe oder anders gehen sollte, damit Frauen endlich gleich viel Lohn bekämen für gleichwertige Arbeit. Es braucht die Lohngleichheitsinitiative!

MARTHA HABEGGER, THUN

KURZ UND KNAPP

Was halte ich von der Unia-Lohngleichheitsinitiative? Sehr viel! Subito in der ganzen Schweiz in Angriff nehmen!

DORO KELLER, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

workquiz**Wie gut sind Sie?****1. Frankreich**

Wie heisst der aktuelle Präsident?

- a) Emmanuel Macaron?
- b) Emmanuel Macron?
- c) Emmanuel Micron?
- d) Emmanuel Mecron?

2. Gruyerland

Was kam bei Cailler weg?

- a) Hasen?
- b) Rasen?
- c) Hosen?
- d) Rosen?



FOTO: MARKUS GIGER

3. Strafanzeige

Wieso muss Christoph Mögeli zahlen?

- a) üble Hinterrede?
- b) üble Unterrede?
- c) üble Vorrede?
- d) üble Nachrede?

4. Geburtstag

Wie alt wird die Suva?

- a) zehnjährig?
- b) fünfzigjährig?
- c) hundertjährig?
- d) tausendjährig?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b; 2a; 3d; 4c

Eddine Kelkouli: Feuerwehrmann und Leiter Mikrobiologie

«Kein Mensch soll Schaden nehmen»

Hauptsache sicher: Sei es bei der Lebensmittelherstellung oder bei der Kompanie Nachtwache der Berner Berufsfeuerwehr, Unia-Mann Eddine Kelkouli (27) engagiert sich für das Wohl der Allgemeinität.

SABINE REBER | FOTOS: SEVERIN NOVACKI

«Macht ein schönes Hosenpäckli!» ruft der Übungsleiter. «Eddine, Position 7!» In Unterhosen stehen die Männer in der Garage der Feuerwehrkaserne Bern, warten auf den nächsten Befehl. «Kellerbrand an der Zieglerstrasse!» ruft der Übungsleiter. Die Männer springen in die Schutzzüge, ziehen die Hosen hoch, schliessen die Jacken, stülpen sich die Brandschutzauben über die Ohren, setzen die Helme auf. Keine drei Sekunden später sitzen sie alle auf der richtigen Position in den beiden Tanklöschfahrzeugen, montieren ihre Atemschutzgeräte, schalten den Funk ein, und die Warnlichter gehen an.

Der Übungsleiter klopft an die Wagen, das Zeichen, dass die Kompanie Nachtwache in ihrer Übung nun am Ort des Brandes angekommen ist. Die Türen fliegen auf, die Männer rollen Löscheitungen aus, machen die Wärmebildkamera einsatzbereit. Brecheisen und Vorschlaghammer («Türöffnungsmaterial») sowie ein Rauchvorhang werden gefasst. Die Männer schwitzen in ihren feuersicheren Anzügen. Frauen sind momentan keine eingeteilt im Nachtwachekorps, aber einige seien in der Ausbildung zur Berufsfeuerwehrfrau, sagt Kelkouli.

An dem verschneiten Übungsabend im März werden die Feuerwehrmänner noch mehrmals die Treppe beim Übungsturm hinauf- und hinunterrennen, ihre Atemluftflaschen auf den Rücken geschnallt, schwere Schläuche über die Schultern geworfen. Eddine Kelkouli lacht: «Die Feuerwehr hält uns alle fit, körperlich und mental!»

DER BUBENTRAUM WIRD WAHR. Feuerwehrmann – das sei ganz klar sein Kindertraum gewesen, erzählt Kelkouli. In der Nähe einer Feuerwehrkaserne in Bern aufgewachsen, sei er als Junge jedesmal auf den Küchenbalkon hinausgerannt, wenn die Feuerwehr ausrückte. Aber nicht nur die Feuerwehrautos, auch das Feuer selber über bis heute eine grosse Faszination auf ihn aus: «Feuer, das ist pure Energie. Wie aus einem Zündholz ein riesiger Waldbrand entstehen kann, das fasziniert mich enorm.»

Natürlich könne auch mal etwas schiefgehen. Er zuckt die Schultern, ziemlich sei bei der Feuerwehr sicher keiner. Und nein, Angst habe er eigentlich nie. Aber da sei sicher auch der Reiz des Adrenalins im Spiel, denn: «Dort, wo andere Leute manchmal schreiend rausrennen, gehen wir rein! Und dafür braucht man Begeisterung und regelmässiges Training.»

Sonst würde man das ja nicht machen.» Etwas zögernd fügt er an, insgeheim habe wohl jeder Feuerwehrmann auch einfach Freude am «bubele», wie der berndeutsche Ausdruck für lausbubenhaftes Feuerchenmachen heisst. Und wenn er mit seinen Kollegen grilliere, dann würden die ihn natürlich schon anzünden mit Sprüchen wie: «Gut, dass du dabei bist, Eddine, falls etwas passiert...»

EIN KLEINER ZOO. Hauptberuflich leitet Kelkouli das Mikrobiologielabor beim Lebensmittelhersteller Haco in Gümligen, wo unter anderem Bouillon, Würzmittel, Kaffee, Schoggipulver, Fertigsaucen und Suppen hergestellt werden.

Dort führt er ein Team mit vier Mitarbeitenden. Ihre Hauptaufgabe: die hergestellten Produkte und ihre Produktionsumgebung auf Bakterien und Schimmelpilze zu untersuchen. Die meistgesuchten Keime seien Salmonellen, Listerrien, Escherichia coli, Staphylokokken und Bacillus cereus. Das sei ein bisschen wie ein Zoo, erzählt Kelkouli, «man muss die Bakterien füttern und pflegen, sonst sterben sie ab.» An diesem Beruf interessiere ihn, dass die Arbeit viel mit Natur zu tun habe, denn «alle Organismen leben in Symbiosen miteinander». Es gebe auch nicht einfach gute und schlechte Bakterien, sondern das Ganze sei viel komplexer. Kelkouli: «Es geht vielmehr darum, dass die richtigen Bakterien in der richtigen Zahl am richtigen Ort sind und dass keine schädlichen Erreger in den Lebensmitteln auftauchen.» Er mache seine Arbeit auch gerne, da er so mithelfen könne, damit unser Umfeld etwas sicherer

werde. Er sagt: «Sicherheit ist im Grunde das Wichtigste bei allem, was ich mache; es geht immer in erster Linie darum, dass kein Mensch zu Schaden kommt.»

GEWERKSCHAFTLICHES ENGAGEMENT. Das Thema Sicherheit interessiert den engagierten jungen Mann auch im weiteren Sinn. Darum sei er bei der Gewerkschaft Unia und in der SP aktiv. Kelkouli: «Mir ist wichtig, dass niemand im Alter verarmt, dass die sozialen Leistungen gerecht ver-

teilt werden und alle genug zum Leben haben; es geht darum, dass alle Menschen in Sicherheit leben können. Und mit «allen Menschen» meine er nicht nur die Schweizer. Mit seinem Engagement möchte er ein klein wenig dazu beitragen, dass die Welt etwas sicherer und auch gerechter wird. Und nein, das sei nicht sinnlos: gerade bei der Unia sehe man das, dass der Einsatz jedes einzelnen zähle, denn «wenn wir breit abgestützt sind, ist unsere Position bei den Verhandlungen stärker!»



EDDINE KELKOULI VIELSEITIG ENGAGIERT

Eddine Kelkouli (*1990) lebt zusammen mit seiner Freundin in Wabern bei Bern. Er macht eine Lehre als Biologielaborant. Dann sammelte er Berufserfahrungen in der Lebensmittelbranche. Er nimmt als kantonaler Experte auch Lehrlehrprüfungen ab. Seit eineinhalb Jahren leitet Kelkouli bei Haco AG in Gümligen den Fachbereich Mikrobiologie.

LÖSCHER. Er begann 2006 in der Freizeit die Ausbildung zum Feuerwehrmann. Nun ist er Gruppenführer. Im Stundensold leistet er Einsatzdienste und unterstützt bei grösseren Ereignissen die Berufsfeuerwehr. Bei der Stadt Bern ist er zudem im Stundenlohn als «Heissausbildner» im Brandhaus der Gebäudeversicherung (GVB) angestellt. Die Feuerwehr sei sein Hobby und sein Sport, erzählt Kelkouli: «Meine Freundin spielt Volleyball, ich halte mich bei der Feuerwehr fit und pflege hier die Kameradschaft.»

POLITIKER. Kelkouli engagiert sich in der Freizeit auch politisch und gewerkschaftlich. Er setzt sich im Vorstand der regionalen Sektion Industrie der Unia für bessere Arbeitsbedingungen und gute Gesamtarbeitsverträge ein. Auch ist er im Vorstand der SP Köniz, auf deren Liste er für das Berner Kantonsparlament kandidierte.



JEDER GRIFF MUSS SITZEN: Das Nachtwachekorps der Berner Berufsfeuerwehr bei einer Übung.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. Fax 031 350 24 55. E-Mail Redaktion verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosee.kuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinerreber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden, annesophie.zbinden@workzeitung.ch. Mitarbeiter an dieser Nummer Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahrni, Andreas Rieger, Clemens Studer, Michael Stötzel, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel. Korrekturat Urs Remund. Sekretariat Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch. Druck Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 92 416. inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.